

Actenmäßige Darstellung

der

von den Königl. Großbritannischen

und

den Chur-Braunschweigischen Truppen

im März und April 1795.

der Kaiserlichen freyen Reichsstadt

B r e m e n

zugefügten Beschwerden.

Mit Anlagen A — M.

UB Braunschweig

84



2300-348-2

Im April 1795.

Inhalt.

I. Abtheilung.

Geschichts - Erzählung.

- §. 1. Occupation der Stadt durch die Hannoveraner.
- §. 2. Aufgedrungenes Englisches Lazaret,
- §. 3. Einrücken der Englischen Garden und des Haupt - Quartiers.
- §. 4. Einfall in das Stadtgebiet durch Englische Truppen Corps.
- §. 5. Anmaafsung die Stadt zu befestigen.
- §. 6. Neuester Einfall Chur-Braunschweiger Truppen.
- §. 7. Besetzung der Altstadt's Thore und des Zeughauses.



FRIEDRICH-WILHELM
BRAUNSCHWEIG

II. Abtheilung.

Entwicklung des Bedenklichen und
Nachtheiligen jener Behandlungen.

- §. 8. Landeshoheit und Reichsstandschafft der Reichsstädte überhaupt.
- §. 9. Reichs Unmittelbarkeit der Stadt Bremen insbesondere.
- §. 10. Gründe des allgemeinen Staats und Völkerrechts.
- §. 11. Nähere, aus der teutschen Reichsverfassung und den Reichs-Gesetzen entlehnte Gründe.
- §. 12. Besonders in Hinsicht des Vorhabens einer dem Zweck ohnehin nicht entsprechenden Befestigung.
- §. 13. Der dadurch dem teutschen Seehandel erwachsende Nachtheil.
- §. 14. Unwiederbringlicher dem Bremischen Handel dadurch verursachter Schaden.

- §. 15. Sonstige für die Reichsstadt Bremen darin liegende Nachtheile.
- §. 16. Reichspatriotisches Benehmen der Stadt Bremen.
- §. 17. Nähere Verpflichtungen des Chur Hannovers gegen die Reichsstadt Bremen.
- §. 18. Widerlegung des Grundes, als ob zur Communication der Truppen, die Schritte der Hannoveraner nothwendig gewesen wären.
- §. 19. Die angebliche Vertheidigung des Nieder-Sächsischen und Westphälischen Kreises rechtfertigt diese Verfügungen eben so wenig.
- §. 20. Nähere Oberaufsicht und darin gegründeter Schutz des Kayfers über die Reichsstädte.

III. Abtheilung.

Jetzige Lage dieser Angelegenheit.

- §. 21. Fortwährende Bedrückungen.
 §. 22. Schritte, welche zu deren Abstellung bisher geschehen sind.
 §. 23. Auf vorangeschickte Vordersätze dem Rechte wie der Billigkeit angemessene Wünsche.

I. Abtheilung.

Geschichts - Erzählung.

§. I.

Occupation der Stadt durch die Hannoveraner.

In einem am 4. März d. J. dem Magistrat der Kayserlichen freyen Reichsstadt Bremen durch den Hannöverschen General Lieutenant du Plat überbrachten Schreiben d. d. 24. Febr. 1795. requirirte die Königlich Churfürstliche Regierung zu Hannover, für einige zu einer Stellung an der Nieder Ems bestimmte Truppen, in sofern dieselbe nach einer mitgetheilten Marsch - Route die Reichsstadt und deren Gebiet berühren würden, einen freyen *unschädlichen Durchzug*; a)

Der Magistrat und die versammelte Bürgerschaft bewilligten darauf am 5. März. „Dafs der Durchzug requisitions-mäßig geschehe, der General - Staab in den Wirthshäusern der Stadt, die zum Rasttag bestimmte Regimenter und Canonen, Pulverwagen &c. aber in denen umliegenden Dörfern einquartiert würden.“

Aeußerst befremdend mußte es daher nach diesen Vorgängen seyn, daß gleich nach erfolgter Einquartierung am 7. März der General Lieutenant du Plat dem den Vorsitz führenden Bürgermeister ein Schreiben des geheimen Cabinets zu Hannover vom 28. Febr. d. J. an den Rath zusandte, in welchem gesagt wurde: — „Daß die Vertheidigung „Sr. Königlichen Majestät teutschen Lande, „und des gesammten Nieder - Sächsischen „Kreises es unumgänglich erforderlich mache, „daß die Stadt Bremen von Sr. Königlichen „Majestät Truppen *occupirt* und *besezt* „werde... c)

Zur Rechtfertigung seines eignen Verfahrens zeigte oft bemeldeter General dabey an, wie er vom General Feldmarschall von Freytag eine versiegelte geheime Ordre, in welcher das Schreiben des geheimen Cabinets eingeschlossen gewesen, mit der Anweisung empfangen habe, solche erst nach dem Einmarsch des 8ten und 12ten Regiments in Bremen zu eröffnen.

Zur Erläuterung des Schreibens selbst aber, bemerkte derselbe, daß das 12te oder von Linsing'sche Regiment in Bremen zu bleiben bestimmt sey, er auch diese Besetzung zur eignen Sicherheit der Stadt, wie zur Communication mit den vorwärts marschirenden Königlich Churfürstlichen Truppen nothwendig halte; und bediente sich auch jetzt

einer neuen Drohung, „Wie er nemlich „*abseits* der Reichsstadt die Einwilligung „*dazu zu erhalten*, um so weniger zweifle „weil er *nur dadurch* sich im Stande gesetzt „sehen würde, das 8te Regiment wieder aus „die noch nachrückende Truppen aber bloß „*durch* passiren zu lassen... d)

Zwar äußerte er, daß er gar nicht gemeynt sey, der Stadt einigen Druck zu verursachen, da sie vielmehr von den kriegerischen Lasten befreyet bleiben solle, begleitete jedoch diese Versicherung mit dem damit gar nicht übereinstimmenden Begehren: „ihm zu verstatten, die beiden Neustädthore mit Truppen zu besetzen..

Auf dieses Ansinnen wurde beschloffen der Königlichen Regierung zu Hannover zu antworten, „wie man in eine Occupation „nicht willigen könne, „derselben jedoch dagegen im gegenwärtigen Reichskriege die *Befolgung aller Reichs - Mitständischen Pflichten, nach Maßgabe der Reichs - Constitutionen, in Betreff der Durchzüge, selbst dann, wann nicht jedesmal specielle Requisitionen erfolgen sollten, zusichern wolle.*

Sodann aber der in Bremen anwesenden Generalität diesen Beschlufs, und wie man allen auf Occupation abzweckenden Maassregeln widerspreche, zu eröffnen, auch zu erklä-

wen-

erklären wie man allenfalls dem 12ten Regiment noch einen achttägigen Rashtag, weiter aber nichts einräumen könne, und endlich die Verschiedenheiten der frühern und spätern Requisition, wie die östern so mündlich als schriftlich geleistete Zusicherungen des Gegentheils in Erinnerung zu bringen.

So gegründet die Hoffnung auch war, hiemit nicht enthört zu werden; so sehr schwand solche doch bey der erneuerten Erklärung des General Lieutenant du Plat, „wie er auf Besetzung der Thore, Haltung „der Parade,, u. s. w. bestehen müsse; jetzt blieb keine andere Maassregel übrig als die in Rückantwort demselben mitgetheilte: — „Wie man es darauf ankommen lassen müsse, „wann er die Thore besetze; sich auch wohl „zu bescheiden wisse, dass man *der Gewalt* „*nicht widerstehen könne.*„

Ohnerachtet dessen erfolgte am 9. März die Occupation der Stadt durch das dazu beorderte 12te Infanterie Regiment, welches alle militärische Uebungen und Gebräuche unternahm, Wachthäuser forderte und einrichtete, Canonen und Munitions-Wagen auf öffentlichen Plätzen aufführte, ja sogar mit stärker bewaffneter Mannschaft die Reichs-Stadt Bremische Soldaten aus den Wachthäusern der Thor-Wachen am linken Weser-Ufer verdrängte, daselbst Posten ausstellte, die

die Außenwerke besetzte, Piquets stellte, den ausschliesslichen Gebrauch der Thorschlüssel wie die eigene Disposition über deren Aufbewahrung der Stadt entzog, und mehrere nur einer förmlichen Besatzung zustehende Rechte sich erlaubte.

- a) *Anlage A.* b) *Anlage B.*
c) *Anlage C.* d) *Anlage D.*

§. 2.

Aufgedrungenes Englisches Lazaret.

Kaum war die Reichsstadt Bremen in den Occupations Zustand versetzt, so nahmen auch die bis jezt abgewandte Vorstellungen zur Aufnahme eines Hospitals der Englischen Armee eine bedenklichere Wendung.

Bereits am 23. Februar gelangten an den Magistrat zwey diesen Gegenstand betreffende Schreiben vom Commandanten der Englischen Truppen General Lieutenant Harcourt und dem Hannöverschen General Grafen von Wallmoden-Gimborn aus Osnabrück, welche das Gesuch enthielten, Kranken der Englischen Armee bis zur hoffentlich baldigen Ankunft der zu ihrer Einschiffung erforderlichen Transport-Schiffe den Aufenthalt in Bremen zu gönnen, und zu deren Unterkommen schickliche Plätze anzuweisen.

Der

Der völlige Mangel an Verbindlichkeit zu deren Annahme veranlaßte den Rath im Einverständnis mit der Bürgerschaft dieses Ansuchen abzulehnen, und unerachtet darauf fernerweitig, unter Anführung daß nur ein sehr kurzer Aufenthalt hieselbst gemeint sey, beistanden wurde; a) so bemühte man sich fortwährend durch die überzeugendste Gründe darzuthun, wie diese Last der Stadt unmöglich aufgebürdet werden könne, und schmachtete sich um so mehr, daß die angeführte aus den Rechten und der Billigkeit entlehnten Bewegungslächen ihres Zwecks nicht verfehlen würden. da des Prinzen Ernsts von Mecklenburg Hochfürstliche Durchlaucht als Chef derer zum Cordon an der Nieder-Ems bestimmten Truppen den Deputirten des Raths gnädigst äusserte: — „eine „Erlasfette nach Hannover an den General „Feldmarschall von Freytag abgehen lassen, „und es dahin in die Wege leiten zu wollen, „daß das Hospital zurück bleibe. „

Alkin alles dieses blieb ohne Wirkung, da nicht nur mehrere bey dem Hospital angestellte Englische Offiziere dessen Aufnahme schlechterdings verlangten, mit der Anzeige daß verschiedene Transporte schon auf dem Wege nach Bremen sich befänden; auch des Prinzen Ernst von Mecklenburg Durchlaucht am 18. März ernstlich es anempfahl: „den

„den ersten Transport in der Aufnahme kei- „ne Hindernisse finden zu lassen. „

Zwar erklärte man auch jezt, unter Berufung auf die Constitution des teutschen Reichs und die Reichsfürstenthümliche Rechte der Stadt Bremen, wie man die Befugniß entkenne, diese Rechte auf solche Art zu kränken, jedoch hatte diese Erklärung nur die Folge, daß in einem neuen Schreiben vom 20. März vorgedachter Prinz Ernst von Mecklenburg sich erklärte: „es sollten und mü- „ßen die Kranke der Englischen Armée bey „ihrer Ankunft ungefäumt eingelassen und „untergebracht werden, damit er nicht in „die Nothwendigkeit gesetzt werde, diesen „Entschluß durch ernsthaftere Mittel welche „er dazu in Händen habe, ausführbar zu „machen. „ b) Hierzu verband sich noch dies, daß Kraft einer an den General Lieutenant von Linsingen vom mehrgedachten Prinzen ergangenen Ordre demselben aufgetragen wurde, die vom Englischen Hospital vor Bremens Thore ankommende Kranke oder Verwundete ungefäumt einzulassen, und für deren Unterkommen nach Möglichkeit zu sorgen.

Diese harte Drohung verbunden mit der bedenklichen Erklärung des General Lieutenant von Linsingen, „wie im fernern Weigerungsfall er nicht dafür einstehen könne, „daß

„daß durch die sodann zu nehmende Maafs-
 „regeln Rath und Bürgerschaft sich und ihre
 „Familien unglücklich zu machen Gefahr
 „liefen; „ nebst den Gründen für die Erhal-
 tung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit,
 mit einem Rückblick auf die Lage des zu
 ohnmächtigen Staats machten sodann es noth-
 wendig jene gewaltfamere Mittel nicht ab-
 zuwarten, sondern von allem fernern frucht-
 losen Widerstand abzustehen, worauf dann
 auch mehrere hundert Kranke allmählig ein-
 trafen, und von den Gebäuden, die mit ei-
 nem Aufwand vieler Tausende errichtet
 werden mußten, Besitz nahmen.

a) *Anlage E.* b) *Anlage F.*

§. 3.

Einrücken der Englischen Garden und des Haupt-Quartiers.

Noch schien indessen die, ihrer örtlichen
 Lage und ihrer Entfernung vom Kriegs-
 Schauplatz nach, so sicher geglaubte Reichs-
 stadt Bremen, den Generalen nicht genugsam
 gedrückt, sie sollte der Lasten des Krieges
 immer noch mehrere empfinden.

Am 26 März nemlich traf ein Ansuchen
 des mehrerwähnten General Lieutenant Har-
 court ein, welches die Einquartierung von
 fünf

fünf Englische Garde-Bataillons in der Stadt
 und deren Vorstädte begehrte.

Man erachtete sich um so weniger ver-
 bunden, diesen Truppen einer auswärtigen
 Macht etwas mehreres als einen unschädli-
 chen Durchmarsch zu gestatten, als eines
 Theils selbige auf die Bequartierung weder an
 sich, noch besonders, da bereits eine große
 Anzahl Chur - Braunschweigischer Truppen
 in der Stadt lag, einigen Anspruch machen
 konnten; andern Theils aber einige glaub-
 würdige Hannöversche Beamte, und zwar
 einer derselben als Marsch-Commiffär der
 sämtlichen Englischen Truppen, dem Senat
 zur Anzeige brachten, wie nach einer ganz
 neuerdings mit den Englischen Herren Gene-
 ralen von ihnen verfertigten Marsch-Route,
 sämtliche Garden bloß durch die Stadt mar-
 schieren, und in verschiedenen nahhaft ge-
 machten Hannöverschen Dörfern zur forder-
 samsten Einschiffung verlegt werden sollten.

Nichts destoweniger rückte, der verfüg-
 ten Weigerung unerachtet, am 27ten März
 der grössere Theil, am 28ten März aber der
 Rest sämtlicher in Teutschland befindlichen,
 mit dem Tross aus ungefähr 3000 Menschen
 bestehenden Englischen Fufs-Garden und
 einer zahlreichen Menge Pferde, Munition
 und Gepäck, auf einem der öffentlichen
 Plätze der Stadt, und verlangte die Quartiere
 B in

in der Stadt selbst, da dann, um den unabsehbaren Folgen einer eigenmächtigen und willkürlichen Einquartierung vorzubeugen, die Veranstaltungen dazu getroffen werden mußten.

Bald darauf kam auch ohne die mindeste Requisition das Englische Haupt-Quartier in Bremen an, und überschwemmte die Stadt mit einer unverhältnißmäßig großen Menge, dazu sich rechnender Officiere und ihrem Gefolge.

Ohnerachtet nun die erste Requisition selbst, nur für ein paar Tage den Aufenthalt erbeten hatte, dauerte es doch ganzer 14 Tage, ehe der klagende Bürger von dieser schweren Last befreiet wurde.

§. 4.

Einfall in das Stadt-Gebiet durch Englische Truppen-Corps.

Allein auch die Landbewohner Bremischer Dorfschaften sollten diesen Druck in hohem Grade empfinden. Zahlreiche Schaa- ren Englischer Regimenter und im Englischen Solde stehender Corps Französischer Ausgewanderten, kamen bald mit, bald ohne, und größtentheils ohne gehörige Requisitionen in den der Stadt nahe gelegenen Ortschaften

schaften an, verlangten beherbergt und versorgt zu werden, verwarfen die ihnen angewiesene Quartiere und nahmen solche eigenmächtig und nicht selten mit Gewalt, nahmen zum Theil sich das, was nicht auf die erste Anfrage gutwillig ihnen gegeben wurde, bestimmten selbst ganz willkürlich die Preise verschiedener Dinge, und entnervten durch dies, und die fast ununterbrochene begehrte große Fuhrn-Lieferungen den Landmann auf eine Reihe von Jahren. — Ganz ohne alle Requisitionen kamen eben daselbst seit dem 21ten März d. J. in großen Abtheilungen manche, sämtlich zur Englischen Armee gehörige, bald zur schweren Bagage, bald zum Commissariate, und bald auch zu einzelnen Emigranten-Corps sich rechnende Menschen und Pferde an; fielen ein wo immer nur ihnen es gutdünkte; erpressten vom Bauer was ihre Vorgänger diesem nur übrig gelassen; mißhandelten den sich Beklagenden ärger als zuvor, um von ähnlichen Schritten andere abzuhalten; zernichteten durch ihren Jagd-Unfug das keimende Gras der ländlichen Wiesen, wie die Hoffnung einer aus denen Saatländereyen sehnlichst erwarteten künftigen Erndte, und erlaubten sich Ausschweifungen die zu empörend sind, als daß sie erzählt werden könnten.

§. 5.

Anmaassung die Stadt zu besetzen.

Mit jedem Tage beynahe wurden der Bedrückungen mehrere, mit jedem Tage glaubte man selbst den Antrag dazu mit wenigerer Schonung einkleiden zu können. So wurde ein gewisser auf eine stärkere Befestigung der Reichsstadt Bremen angelegter, und daher äusserst besorglicher Plan, mittelst eines Pro Memoria des General-Lieutenant du Plat am 4ten April d. J. dem Senate eröffnet, und darin angezeigt, daß es nur noch allein auf die Frage, „wie die Stadt zu besetzen sey,“, ankomme, zu dem Ende die Carten der Gegend um die Stadt und der Festungswerke nebst einem Verzeichniß sämtlicher namhaft gemachter, und zu machender Defensionsmittel begehret, auch bemerkt, wie diese Vertheidigungsanstalten auf einen Beschluß der Regierungen zu Hannover und Berlin sich gründeten. a)

Der Rath erwiederte, daß man auf den geschehenen Antrag einige Erklärung abzugeben, sich außer Stande befinde. Es erfolgte jedoch am 12ten April in einem neuen Pro Memoria des General-Lieutenant du Plat die merkwürdige Antwort: „daß, da das Königl.,liche Churfürstliche Ministerium zu Hanno-

„ver

„ver die Besetzung der Reichsstadt zur Vertheidigung des Niedersächsischen Kreises „und der Chur-Bräunschweigischen Lande „nothwendig erklärt, die weitem militärische Anstalten eine Folge davon seyen, und „das Ministerium überall nicht gemeint sey, „über jeden Punct in besondere Correspondenz sich einzulassen. „ b)

Der Magistrat verfehlte zwar nicht, bemerklich zu machen, wie bereits in Hannover und sonst die nöthige Vorstellungen geschehen wären; allein dessen ohnerachtet blieb gedachter General-Lieutenant fortwährend bey seinen Aeufferungen, recognoscirte die Gegenden, unternahm Vermessungen, und liefs eine Anzahl Ingenieur-Offiziere, und zur Anlegung von Festungs-Werken erforderliche Leute kommen, und bereitete sich folche Gestalt zur Vollziehung des für die Stadt nachtheiligsten aller Pläne vor.

Zum allgemeinen Erstaunen billigte darauf die Königliche Regierung zu Hannover in einem Schreiben vom 14ten April alle seine Schritte, und beseitigte der Stadt dringendste Beschwerungs-Gründe mit wenigen Worten ohne einige Widerlegung derselben. c)

a) Anlage G. b) Anlage H.

c) Anlage I.

§. 6.

Neuester Einfall Chur-Braunschweigischer Truppen.

Ein neuer so unerwarteter als unangenehmer Vorfall erwüthete sich am 18ten April, da von dem im Oldenburgischen formirten Cordon einige 70 Pferde in die Neustadt ohne alle Anfrage einrückten, und daselbst sofort einquartiert zu werden begehrten. Die Anzeige der Ankunft dieser Leute wurde abseiten des General-Lieutenant von Linlingen dem Präsidio der Stadt, nebst der Nachricht mitgetheilt, daß am folgenden Tage das 13te oder von Scheiterfche Infanterie-Regiment hier eintreffen werde und Nacht-Quartier erwarte, zugleich aber auch der Rest des 6ten Cavallerie-Regiments wovon jene 70 Pferde einen Theil ausmachten, in Bremen ankommen, und das Quartier nehmen werde.

Vergebens verlangte man vorab die gehörige Requisitionen zu sehen, und über die Bestimmung und die Zeit des Hierbleibens dieser neuen Truppen etwas zu erfahren; weder abseiten der Königlichen Regierung zu Hannover, noch sonst war irgend eine Requisition vorhanden, auch wurde, was das letztere betrifft, nicht die mindeste Aufklärung gegeben,

und von dem Adjudanten noch die Drohung geäußert, daß im Fall man nicht sofort zur Bequartierung am 18ten sowohl, als am 19ten April sich verstehen würde, die Commandeurs der Regimente die Ordre, selbst sich einzuquartieren bereits erhalten.

Man sah sich also genöthigt in einem schriftlichen Pro Memoria dem General-Lieutenant von Linlingen über das unerhörte Verfahren des ohne Anfrage geschehenen Einrückens eines Detaschements Cavallerie die gerechteste Befremdung zu äussern, und dawider zu protestiren, dann aber auch unter andern demselben zu bedeuten, daß, da die Reichsgesetze nicht gestatteten, daß man einem Reichsstande factisch Truppen aufdringe, man auf diese Reichsgesetze sich berufen könne und müsse, daher auch in diese gewaltsame Unternehmungen so wenig willigen könne, als solches bisher geschehen sey. — Wie dennoch am folgenden Tage, der bloß nachrichtlich mitgetheilten Anzeige ohnerachtet, mit Hintansetzung der klaren Reichsconstitutionen jene Truppen in die Stadt gebracht und solchergestalt Quartiere für dieselbe abgedrungen wurden, mußte man um der unordentlichen Selbstbequartierung zuvorzukommen, und das Nachtheilige und Schädliche jenes Einzuges so viel als möglich zu mildern, dem Zwange nachgeben;

und auf Mittel auch diese Truppen unterzubringen Bedacht nehmen.

§. 7.

Besetzung der Thore der Altstadt und des Zeughauses.

Nach dem Einmarsch des im vorigen §. bemerkten 13ten Infanterie-Regiments in Bremen benützte am 19ten April der General-Lieutenant du Plat die Gelegenheit, da er ein Anschreiben der Königlichen Regierung zu Hannover a) am Senat, dem präsidirenden Bürgermeister überreichte, um zugleich, jedoch nur mündlich, einer an ihn gerichteten Ordre des Hannöverschen General-Feldmarschalls von Freytag zu erwähnen, in welcher bemerkt sey:

„Dafs man die eingerückte Truppen-Verstärkung auf die Posten zu Bremen den öffentlichen Umständen für gemäß und ungerne, nöthig gefunden, und dafs man hoffe, dafs die Vermehrung der Garnison, der Stadt nicht besonders lastig fallen, als auch, dafs die Nothwendigkeit mehrere Truppen aus dem Cordon nachrücken zu lassen, nicht eintreten, und dazu von seiten der Stadt kein Anlaß erfolgen werde.“

Der General-Lieutenant du Plat brachte zugleich wiederum eine neue Zumuthung dahin

dahin in Antrag, um noch drey Hauptthore der Altstadt nebst ihren Aussen-Posten zu besetzen, und das Zeughaus mit einem Posten versehen zu lassen und erklärte dabey zum voraus, wie er schlechterdings keine Antwort, Protestation oder dergleichen annehmen, sondern vorerwähntermaassen verfahren werde. Die Rücksicht dafs alle Gegenwehr vergeblich und man daher gezwungen sey, in die Nothwendigkeit sich zu fügen, bewog Rath und Bürgerschaft auch hier der Gewalt zu weichen und die Occupation ohne Widerstand geschehen zu lassen. In dieser Hinsicht und im Rückblick auf das vorerwähnte Anschreiben war jedoch der Rath und die Bürgerschaft dahin im vollkommensten Einverständniß, in alles dasjenige was solchergestalt Hannöverscher Seits geschehen sey, oder noch geschehen mögte, keinesweges zu willigen, vielweniger noch, wie es sogar begehrt werden wollen, dazu mitzuwirken; sondern es eher aufs äufferste ankommen zu lassen als den Pflichten gegen die Vaterstadt und die Erhaltung ihres Wohlstandes durch Mitwirkung zu dergleichen verderblichen Plänen entgegen zu handeln.

a) Anlage I.

II. Abtheilung.

Entwicklung des Bedenklichen und Nachtheiligen jener Behand- lungen.

§. 8.

Landeshoheit und Reichsstandschafft der Reichsstädte überhaupt.

Die ältere Verhältnisse der Reichsstädte haben sich im 17ten Jahrhundert größtentheils geändert. Die von ihnen nach und nach erworbene Rechte der Reichsstandschafft und einer decisiven Stimmführung bey Reichs- und Kreisversammlungen wurden ihnen, gleich allen übrigen Reichsständen durch das Osnabrückische Friedensinstrument auf das feyerlichste bestätigt.

tam in universalibus vero quam particularibus diactis liberis imperii civitatibus, non minus, quam caeteris Statibus Imperii competat votum decisivum, iisque rata et intacta maneant regalia, vectigalia, redditus annui, libertates, privilegia confiscandi, collectandi, et inde dependentia, aliisque iura ab Imperatore et Imperio legitime impetrata vel longo usu ante

ante hos motus obtenta, possessa et exercita, cum omnimodo jurisdictione intra muros, et in territorio, cassatis annullatis et in futurum prohibitis iis, quae per repressalias, arresta, viarum occlusiones et alios actus praejudiciales, sive durante bello quocunque praetextu in contrarium facta, et propria auctoritate hac usque attentata sunt, sive dehinc, nullo praecedente legitimo Iuris et executionis ordine fieri attentarive poterunt. a)

Die rechte der hohen und niedern Gerichtsbarkeit und alle übrige Regalien wurden ihnen durch eine Menge von seit dem XII. Jahrhundert ertheilten Privilegien unter mannigfaltigen Titeln nach und nach von den Kaysern verliehen, und die nachfolgenden Reichs- Grundgesetze bestätigten ihnen nicht nur den vollen Besitz dieser Erwerbungen, sondern auch den ganzen Umfang der im 17ten Jahrhundert bereits vollständig ausgebildeten Landes-Hoheit so wie der erworbenen Reichsstandschafft, wodurch die Reichsstädte eine für sich bestehende Staats-Verfassung und Einrichtung erlangt haben, nach allen ihren Theilen und Zweigen.

Auch dieses bestätigt der erwähnte Friedensschluß wann er ausdrücklich sagt:

ut

ut autem provifum fit ne poft hac in ftatu politico controverfiae fuboriantur, omnes et finguli Electores, Principes et Status Imperii romani in antiquis fuis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis libero juris territorialis tam in ecclefiasticis quam politicis exercitio, ditionibus, regalibus, horumque omnium poffeffione vigore hujus transactionis ita ftabiliti, firmatique funto, ut a nullo unquam fuo quocunque praetextu de facto turbari poffint, vel debeant. — b)

Um aber auch alle Zweifel, ob auch wohl neben Churfürften und Fürften, unter dem allgemeinen Ausdruck Stände des Reichs, auch die Reichsfürften mit begriffen feyen, zu heben, drückt jener Friedensfchlufs in einer andern (den Reichsfürften anroch befondern, als Ausflüffe der Landeshoheit zu betrachtende, zufichernden Gerechtfame) Stelle des nemlichen Artikels diefes auf eine fehr unzweydeutige Art, folgend aus:

liberae imperii civitates, prout omnes atque fingulae fuo appellatione Statuum Imperii non tantum in Pace Religionis et praefenti ejusdem declaratione, fed et alias ubique indubitata continentur. — c)

Womit dann auch die, diefen Gegenftand ihrer Aufmerkfamkeit würdigende Schriftfteller

fteller über das teutfche Staatsrecht übereinstimmen — d)

a) *Infr. Pacis Osnabr. Art. VIII. §. 4.*

b) *I. P. O. Art. V. §. 1.*

c) *I. P. O. Art. V. §. 29.*

d) *Malblanc Abhandlungen aus dem Reichs-städtischen Staatsrechte dritte Abhandlung §. 8.*

§. 9.

Reichs-Unmittelbarkeit der Stadt Bremen insbefonders.

Früherer unlegbarer Beweife der Unmittelbarkeit und Reichsfürftlichkeit, damit auch verknüpften Landeshoheits-Rechten der Reichsfürft Bremen nicht zu gedenken, wird es genügen, auch hier bey dem merkwürdigen, Teutſchlands Ruhe wieder herftellenden Weftphälifchen Friedensfchlufs, und dem kurz vor und nach demfelben eintretenden Perioden ftellen zu bleiben.

Schon bey dem Anfange jener wichtigen Unterhandlungen am 14ten Nov. 1643. erließen felbft die Schwedifche zum Friedenscongreß bevollmächtigte Gefandte Oxenftierna und Salvius aus Minden an den Rath Civitatis Imperialis Bremensis eine fchriftliche Einladung demfelben beyzuwohnen, und führen als unumgänglichen Grund derfelben, den an:

Quia

Quia vero nulla ibi Tractatio recte inchoari, nedum perfecte absolvi potest absque Votis et Suffragiis omnium Imperii Ordinum, quibus cum Imperatore Ius ac Potestas competit de Pace Belloque statuendi. — a)

Aehnliche Gefinnungen hegte der Französische Hof da dessen Gesandte nicht nur in einem unterm 6ten April 1644. dem Magistrat de la Ville imperiale de Breme von Münster abgelassenen Schreiben die merkwürdige Ausdrücke brauchen.

Quem in Imperii Confessibus honestissimum Locum tenetis, quaeque Vestra debet esse Cautio in tuendis Imperii Legibus, illa Nos admonent, ut annexae Litterae Vobis etiam mittantur. Neque hæc fortasse peculiari Epistola compellendi eratis, quibus unum idemque cum caeteris Imperii Ordinibus, Ius est sedendi in Comitibus dicendaeque Sententiae.

At singulari quodam Studio jam pridem, Vos Gallia nostra complectitur, Resque Liberarum Civitatum in hoc Pacificationis Negotio ad praecipuas Curas Nostras pertinere, Rex Christianissimus voluit. b)

Auch Kayser Ferdinand III. liefs „denen Ehrsamern untern und des Reichs lieben Getreuen Bür-

Bürgemeistern und Rath der Stadt Bremen, ein Vocations-Schreiben datirt Melck den 9ten Sept. 1645. zum nemlichen Entzweck ausfertigen, in welchen gesagt wird.

Und wir nun jetzt berührte Propositiones in reife Berathschlag: und Erwägung gezogen, und dabey befunden, daß Churfürsten und Ständt des Reichs dabey merklich interesirt, Wir aber ihren hergebrachten Recht und Gerechtigkeiten, nichts zu derogiren und entziehen zu lassen, ein für allemahl gänzlich entschlossen seyn, — Als haben Wir diese der Sachen Bewand uns Euch hiemit andeuten wollen, mit dem gnädigsten Befehl, Ihr wollet, wo es nicht allbereit geschehen Ewre Gesandte selbst zu vorernannten Tractaten mit genugsamer Instruction und Vollmacht abordnen, oder einem andern von den Reichs Ständen oder deren Abgesandten solche Vollmacht auftragen &c. c)

Der Senat der freyen Reichsstadt Bremen erschien sodann auch diesen wiederholten Aufforderungen zufolge, bey den zur Beendigung des dreyßigjährigen Krieges angesetzten Unterhandlungen, indem er den Syndicus Johann Wachmann, Doctor Johann Koch und Liborius von Line dazu abordnete, welche dann auch ohne Widerspruch der Allerhöchst

höchst und Höhen Bevollmächtigten zum Sitz und Stimm-Recht zugelassen wurden, auch den Re- und Correlationen und denen daraus gezogenen Beschlüssen bis zur völligen Beendigung des Geschäfts, bis zum Abschluß des Friedens beywohnten. d)

Im Friedensschluß selbst wurde zwar unter andern das Erzbisthum Bremen, wie das Bisthum Verden der Krone Schweden zuerkannt, jedoch auch für die Reichsstadt Bremen in Gemäßeheit der Vordersätze, und der unlegubar anerkannten Reichsstandschaffts- und Unmittelbarkeits-Rechte derselbe geforgt.

Civitati vero Bremenfi ejusque territorio et subditis praefens suus status, libertas, jura et privilegia in Ecclesiasticis et politicis sine impeditioe relinquuntur. e). Wie dann auch das merkwürdige Kayserliche Diploma declaratorium et confirmatorium, de dato Ling d. 1 Juny 1646. dieses be-
thätigt, und erklärt:

Ab welchem allem ohnfehlbar befunden, daß die Stadt Bremen von uhralten Zeiten hero, des Heil. Römischen Reichs ohnmittelbare Freye Reichs-Statt gewesen, und also Uns und dem Heil. Reich allein und ohne Mittel untergehörig ist;

Dann

Dann aber in der nemlichen Urkunde allen und jeden Ständen des Reichs es zur Pflicht macht:

Daß Sie mehrermelte Unfere und des Heiligen Reichs Statt Bremen obgehört-
termassen, nun hinführo ewiglich, für eine des Heiligen Römischen Reichs ohnmittelbare freye Reichs-Statt erkennen, ehren, achten und halten, f)

Worauf dann im Gefolge aller dieser Vorgänge Ferdinand des 3ten Allerhöchste Kayserliche Majestät nicht nur unterm 1ten October 1651. den Ständen des Nieder-Sächsischen Kreyfes die Immediat freye Reichs-Stadt zu den Creistagen einzuladen anbefahl, sondern auch am 27ten April 1652. den Magistrat derselben zu dem in Regensburg ausgeschriebenen Reichstag forderte, sodann durch ein Reichsgutachten d. 10. Jenner 1654. der Reichsstadt Bremen der Besitzstand des Sitz und Stimmrechts auf denen Reichstagen zugesichert wurde und endlich am 14. October 1659. vom Kayser Leopold glorwürdigsten Andenkens derselben dahin der Antrag geschah, um andern Reichsstädten gleich, zur Ablegung des Homagii jemanden am Kayserlichen Hof zu senden, oder zu bevollmächtigen. g)

Auch nachhin die Reichsstadt im unge-
störten Besitz ihrer wohl erworbenen Un-
mittel-

C

mittel-

mittelbarkeit und Reichs-Standtschaftlichen Rechte fortwährend geblieben ist. h) Wie dann auch endlich der König von Großbritannien selbst, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, und Herzog zu Bremen in einer bey der Kayserlichen geheimen Reichs-Hof-Canzley-Registratur niedergelegten Urkunde im Jahr 1731. nicht nur feyerlichst es erklärt, daß die Reichsstadt der Reichs-Unmittelbarkeit, des Sitzes und der Stimme auf Reichs- und Kreis-Conventen, des unmittelbaren Beitrags ihrer Contingente zu Reichs- und Kreissteuern und des Reichsstädtischen Praedicati genieße, sondern auch bey etwa vorkommenden Streitigkeiten diese in Gemäßheit des Westphälischen Friedensschlusses nur auf zwiefache Weise, nemlich entweder gütlich, oder im Wege Rechts auszumitteln, angelobet i)

- a) *Adami Cortreji Observata historico-politico juridica ad art. X. §. 8. pacificationis Osnabrugensis. Cap. I. in ejusd. Corp. Jur. Publici.*
- b) *Ad. Cortrejus im angezogenen Traktat Cap. 2.*
- c) *Affertio libertatis Reipublicae Bremensis pag. 1000.*
- d) *Ad. Cortrejus im angezogenen Traktat Cap. 5.*

e)

- e) *I. P. O. art. X. §. 8.*
- f) *Affertio libertatis Reipublicae Bremensis pag. 1003.*
- g) *Ad. Cortrejus im angezogenen Traktat. Cap. 16. 17. 22. 32.*
- h) *Herm. v. Post Abh. von dem der Kayserlichen freyen Reichsstadt Bremen zustehenden und niemals unterbrochenen Sitz und Stimme auf den Reichstagen. abgedruckt in Kühlers historischen Münzbelustigungen Th. 19. p. 289.*
- i) *Anlage K.*

§. 10.

Gründe des allgemeinen Staats- und Völker-Rechts.

Da der teutsche Staatskörper aus mehreren, unter sich ganz verschiedenen, jedoch nach einer Art zusammen gesetzten Staaten besteht, die unter einem wahlbaren Oberhaupt verbunden sind, a)

So sind auch die einzelnen Reichsstände, in so fern sie nicht durch die Reichsverfassung eingeschränkt sind, als freye Staaten zu betrachten, unter welchen die Grundsätze des allgemeinen Völker-Rechts gelten. b)

Völker und Staaten können an und für sich nur als Individuen angesehen werden, haben daher alle die Rechte und Verbindlichkeiten,

C 2

keiten einzelner Menschen, und stehen daher gegen einander in der vollkommensten Gleichheit der Rechte und Pflichten, ohne daß Größe, Alter, oder physische und moralische Kultur einem Volke andere Rechte und Pflichten geben könnten, als jedes andere auch hat.

Alles also was das Recht der Natur von den Rechten und Pflichten der Menschen, als einzelner Menschen, erklärt hat, das gilt auch im allgemeinen Völker-Rechte von Völkern, als solchen, und dies ist das Haupt-Principium des allgemeinen Völker-Rechts. c)

Kein Individuum kann jemals berechtigt seyn, in die Eigenthums-Rechte eines andern wider dessen Willen auf irgend eine Weise einzugreifen, und selbige zu beschränken, zu vermindern, oder ihm ganz zu entziehen. Selbst der Zwang um des allgemeinen Besten willen läßt keine Rechtfertigung zu, weil das Urtheil des zwingenden Theils doch wohl kein berechtigender Grund zum Zwange seyn kan. Mithin kan auch kein Mensch je durch ein Zwangs-Recht den andern in seinen Rechten über seine Sachen und in deren Gebrauche einschränken, oder ihm sonst eines dieser Rechte verletzen. d)

Es hat daher jeder Staat an sich seine Unabhängigkeit und Freyheit, darf in derselben von keinem andern verletzt werden, und kan

kan daher alles dasjenige in seinen Gränzen thun, was der Privat-Eigenthümer in dem seinigen.

Er kan mithin Fremden den Eingang in sein Land verwehren, oder verstatten, wie er will, und wie lange auch unter welchen Bedingungen er es will. e)

a) *Pütter in Institutionibus Juris Publici*
§. 32.

b) *Pütter ibid. l. 3. Cap. 1.*

c) *Schlettwein. Die Rechte der Menschheit, oder der einzige wahre Grund aller Gesetze, Ordnungen und Verfassungen.*
§. 299.

d) *Schlettwein im angezogenen Tractat.* §. 36.
§. 120.

e) *Schlettwein im angezogenen Tractat.*
§. 300. no. 7. 8.

§. II.

Nähere aus der teutschen Reichs-Verfassung und den Reichsgesetzen entlehnte Gründe.

Aeltere und neuere Reichs-Gesetze, und alle diesen Gegenstand bearbeitende Lehrer des teutschen Staats-Rechts sind dahin vollkommen einverstanden, Handlungen, wie die in der vorangeschickten Geschichts-Erzählung

bemerklich gemachte, in einem nicht vortheilhaften Lichte, und als mit der teutschen Reichs- und Kreis-Verfassung nicht vereinbarlich, zu betrachten.

Schon die dem 14ten Jahrhundert ihren Ursprung verdankende goldne Bulle hegt solche Grundsätze — a)

Das Schwäbische und Sächsische Landrecht weist darauf hin, und seit Kayfers Friedrich I. Zeiten und dem unter dessen Vorsitz im Jahr 1157. gehaltenen Reichstage war man unablässig bemühet, allen durch ähnliche That-Handlungen zu befürchtenden Unordnungen vorzubeugen. b)

Bis endlich der im Jahr 1495. erschienene und 1548. erneuerte Landfriede die öffentliche Ruhe und allgemeine Sicherheit der teutschen Reichsverfassung gründete, und alle Besitz-Ergreifungen jeder Art als gewaltsame Handlungen untersagte. c)

Auch die im Jahr 1555. zu Augsburg errichtete Executions-Ordnung sichert aller Missethäten im Fall solcher Bedrängnisse abseiten des Kayfers und sämtlicher Reichsstände es zu.

„nicht allein dem Vergewaltiger, oder
 „so thätliche Handlung fürgenommen
 „oder führenehme, keinen Rath, Hülfe
 „oder Beystand zu leisten, sondern auch
 „dem andern Theil so wider diesen
 „Frieden

„Frieden vergewaltiget, überzogen oder
 „bekrieget würde, wider den Vergewaltiger, oder der sich thätlicher
 „Handlung unternimmt, Hülfe und Beystand zu leisten. d)

Und dazu ist hauptsächlich die Kreis-Verfassung bestimmt, daß nach Vorschrift der Reichs-Executionenordnung jedes Kreises ausschreibende Fürsten demjenigen, der überfallen und bedrängt wird, schleunige Hülfe leisten sollten. e)

Ausdrücklich wird unter diesen der Handlung wann dem Magistrat einer Reichsstadt der ausschließliche Gebrauch der Thorschlüssel entzogen, und derselbe in seinen Gerechtsamen beeinträchtigt wird, namentlich in denen Reichsgesetzen gedacht, und daß solches nicht verstatet, vielmehr die Restitution anbefohlen werden solle, die Zusage ertheilt. f)

Allgemeiner und bestimmter noch spricht der Westphälische Friede: Dieses Heiligste und unerschütterliche Reichs-Grundgesetz sichert in mehrern Artikeln Germaniens Ruhe und den ungestörten Besitz aller Gerechtsame jedes einzelnen Reichsstands auf künftige Jahrhunderte. g)

So verspricht derselbe eine vollkommene gegenseitige Gleichheit der Rechte, und ver-

bietet alle Gewalt und factisches Verfahren. *h)*

Und wann darin selbst bey rechtlichen Ansprüchen jede Selbsthülfe verboten und den Weg Rechts einzuschlagen anbefohlen wird, *i)*

In welchem Lichte muß dann eine Handlung da allen Reichsständschafftlichen Rechten zuwider, der mächtigere Reichsstand, des wiewohl kleinern, dennoch aber freyen und unmittelbaren Reichs-Mittstand durch militärischen Zwang sich bemächtigt, erscheinen. Bey jenem Friedensschluß selbst bezeugten sich die Kriegsführende Mächte den Occupationen nicht günstig, sie erklärten alle im Kriege geschehene Occupationen für nichtig und sicherten dem rechtmäßigen Eigenthümer die ungefäumte Herausgabe und den ungestörten Besitz solchergestalt occupirter Oerter. *k)*

Wie dann noch besonders in Rücksicht und zum Vortheil der Reichsstädte alle ähnliche ohne die vorgeschriebene rechtliche Formen zu beachten, unternommene eigenmächtige Verfahrungs-Arten, es sey im Frieden oder während eines Krieges für die Zukunft verbietet, solche als unerlaubte Attentate behandelt, und daher zum voraus säffirt und annullirt. *l)*

Con-

Constitutionsmäßig ist im teutschen Reiche das Marschwesen so eingerichtet, daß nicht allein vermittelt gehöriger Requisitionen-Schreiben gebührend, und frühzeitig, nicht aber allererst wann die Truppen schon an oder in dem Kreis stehen, angesucht; dahin daß so viel möglich in eignen Landen der Marsch genommen, und die Still-Lager nicht einem allein zugetheilt, sondern damit abgewechselt werde, gesehen; die Bazahlung der Consumtibilien auf ein gewisses vor der wirklichen Eintretung verglichen, und endlich zur Sicherstellung des richtigen Abtrags des Belaufs eine genügende Caution gestellet werde. *m)*

Daß aber diesem allen weder von den teutschen, geschweige dann den englischen Truppen nachgelebt worden, ist aus der mitgetheilten Geschichts-Erzählung ersichtlich.

Endlich aber sichert der abseiten der Stände des Reichs mit dem Reichs-Oberhaupt geschlossene Wahl-Vertrag jeden auch den kleinsten Reichsstand wider ähnliche beschwerende Eingriffe und Anmuthungen seiner Mitstände, indem des Kayfers Majestät durch die heiligste Versicherung nicht nur die Reichs-Stände wider Eingriffe zu schützen, und die Reichs-Grundgesetze zu beobachten sich verbunden, sondern auch feyerlichst versprochen hat, „zu keiner Zeit einen

C 5

„Stand

„Stand des Reichs mit Einquartierungen,
 „Musterplätzen, Durchzügen und derglei-
 „chen Kriegs-Beschwerden wider die Reichs-
 „Constitutionen selbst zu belegen, noch
 „durch jemand anders beschweren zu laß
 „seht,, n)

- a) *Aurea Bulla Caroli IV. de a. 1356. Cap. XVII.*
- b) *Pfessinger ad Vitriarium l. I. Tit. 2. n. 26. 6.*
- c) *Sammlung der Reichsabschiede T. 2. p. 574. seq.*
- d) *Schmauß Corpus Juris publici p. 166. n. 31.*
- e) *Sammlung der Reichsabschiede Th. 2. p. 229. Reichs-Abschied de 1654. §. 178. 179.*
- f) *Reichs-Abschied de 1641. §. 56. et 57. in fine.*
- g) *Instr. Pat. Osnabr. Art. VIII. §. 1.*
- h) *I. P. O. Art. V. §. 1.*
- i) *I. P. O. Art. XVII. §. 7.*
- k) *I. P. O. Art. XVI. §. 14.*
- l) *I. P. O. Art. VIII. §. 4.*
- m) *Reichs-Gutachten in materia belli de 1734. art. 6. No. 1-4. Schnaubert Staats-Recht der Reichslände. §. 281.*
- n) *Neueste Wahl-Capitulation Art. IV. §. 9.*

§. 12

**Besonders in Hinsicht des Vorhabens
 einer dem Zweck ohnehin nicht
 entsprechenden Befesti-
 gung.**

Festungswerke in anderer Reichsstände Landen herzustellen ist kein Reservat-Recht Kayserlicher Majestät, und steht eben so wenig dem Reiche, Kreyse oder benachbarten Ständen zu. a) Vielmehr wird der entscheidende Wille darüber den Landeshoheits-Rechten beygelegt. b)

Selbst diejenige Rechtslehrer welche die Beurtheilung ob gewisse Oerter zur Befestigung schicklich oder nicht, lediglich dem Reichs Oberhaupt oder dessen Stellvertreter überlassen; setzen jedoch die entscheidende Bedingung dabei fest, daß derjenige Reichsstand in dessen Gebiet ein solcher Ort belegen ist, seine freye Einwilligung dazu nicht versage. c)

Das erste Grundgesetz des teutschen Reichs, der oft erwähnte Westphälische Friedensschluß, giebt auch hier eine entscheidende Richtschnur wann nach demselben, dann, wann neue Befestigungen in der Stände Landen anzulegen, oder es auf die Frage ob breits

bereits vorhandene durch einzulegende Besatzungen zu vertheidigen sind, auf die freye ~~unbeschränkte~~ Zustimmung aller und jedes Reichsstände durchaus es ankömmt. d)

Und so hat auch in dessen Gemüthe der Kayfers Majestät über diesen Gegenstand im Wahlvertrage nachdrücklich dahin sich erklärt: „Jedoch sollen und wollen. Wir „weder in währendem solchen Reichs-Kriege „noch auch sonst in der Churfürsten, Fürsten und Stände Landen und Gebiete, auch „reichsritterchaftlichen Orten und Gütern, „einige Festungen von neuen anlegen oder „bauen, noch auch verfallene oder alte „wieder erneuern, vielweniger andern solchen gestatten oder zulassen, immaassen „dieses allein die Landesherrn nach den „Reichs-Satzungen in ihren Territoriiis zu „thun befugt und berechtigt sind. „ e)

Selbst aber auch von diesen klaren Inhalt der Reichs-Satzungen abtrahirt, erscheint der Plan die Reichsstadt Bremen und deren Gegend oder den Weser-Strom decken und besetzen zu wollen, in einem der Absicht keinesweges entsprechenden Lichte. Schon im siebenjährigen Kriege lagte der Graf von Saintgermain die nemlichen Gedanken einer Befestigung, überzeugte sich aber bald durch den Augenschein von dem wenigen Nutzen und der Unzulänglichkeit alles dessen

dessen was zur Ausführung eines solchen Plans geschehen würde, der den gänzlichen Ruin einiger tausend Vorstädtischen Familien und die Verwüstung des fruchtbarsten Landes nach sich ziehen, aber gar keine Sicherheit den benachbarten von allen Seiten und Orten zugänglichen Ländern hätte gewähren können, in denen die Landesherrn und besonders Chur-Braunschweig-Lüneburg selbst, die Niebererschleifung fast aller Festungswerke im Lande z. B. zu Hannover, Nienburg, Haarburch und Stade unlängst verfügt hat.

Auch äußert über den Plan einer solchen Befestigung in Bezug auf die örtliche Beschaffenheit der Gegendens Bremen einer der größten Feldherrn dieses Jahrhunderts, der verstorbene König von Preussen sich auf eine ähnliche Art, wann er von der in jenem Kriege vom Chur-Braunschweigischen Ministerio gefaßten Meynung die Weser vertheidigen zu wollen, dahin sich ausdrückt:

Cette idée étoit fautive en tout sens, parceque le Weser est presque généralement guéable et que la rive opposée a l'electorat de Hannovre domine l'autre, de sorte que la nature n'a pas voulu, quoi qu'en pût dire Mr. de Munchhausen, que jamais général habile se servit de cette rivière dans le sens qu'il proposoit. f)

- a) *de Selchow in Elementis Juris Publici* §. 319.
- b) *Berends in Diss. de Munimentis* §. 7-11.
- c) *Mascov. in Diss. de Bello solenni Imperii* sect. 2. §. 4.
- d) *I. P. O. Art. VIII. §. 2.*
- e) *Neueste Wahl-Capitulation art. IV. §. 6.*
- f) *Oeuvres Posthumes de Frederic II. Roi de Prusse Tom. III. pag. 131.*

§. 13.

Der dadurch dem deutschen Seehandel erwachsende Nachtheil.

Die drey Hansee-Städte Lübeck, Bremen und Hamburg sind unstreitig, wie die größten Ausfuhr-Häfen Deutschlands zu betrachten. Die Producte der Natur und der Kunst welche so viele deutsche Hände beschäftigen und welche der Ausländer begierigst sucht, werden durch sie ins Ausland verführt. Dies belebt alle Gewerbe und verschafft tausenden Arbeit und Nahrung. Sobald daher der Hansee-Städte Handel im ganzen, oder auch nur einer derselben durch Occupation und fortwährenden Aufenthalt fremder Truppen beschränkt wird, so leiden alle damit in Handelsverbindungen stehende Provinzen, deren Gewerbe und Gewerke werden niederge-

schla-

schlagen, der Vertrieb der Kunst-Producte hört auf. — Der zwar thätige dabey aber doch fürsichtige Kaufmann welcher neben dem zu hoffenden Gewinn zugleich das Gewagte einer solchen Handlung, ob und mit welchen Gefahren ihm es möglich seyn werde, die ihm zugesandte teutsche Producte an den Ort ihrer Bestimmung zu bringen, klüglich erwägt, daraus die Schlussfolge zieht, wie die Schaafe des letztern zu sehr sich senke: wird dann der überwiegenden Gefahr nicht sich aussetzen, sondern keine weitere Bestellungen machen, die bereits verfügte aber lieber mit einigen Aufopferungen aufkündigen. a)

Allein auch von einer andern Seite, nemlich der, der Einfuhr betrachtet sind die der Reichsstadt Bremen jezt zugesügte Bedrückungen fürs innere Teutschland äußerst wichtig. Teutschland wird mit einer unbeschreiblichen Menge, theils zum Luxus, theils zur unentbehrlichen Nothwendigkeit erforderlichen Waaren-Artikel von Bremen aus versorgt, welches aber bey fordauernder Besetzung auf eine sehr fühlbare Art aufhören, wenigstens sich vermindern muß, da selbst bey einiger Kunde der Quellen, des Bestehens und des Gangs der Handlung leichtlich aus der altern und neuern Geschichte sich es ergibt, daß, und warum

nur

nur bey unbeschränkter Freyheit, und Entfernung alles, auch sogar des nur scheinbaren Zwanges der Handel zu blühen im Stande ist. Und wann gleich auch aller dieser Schwierigkeiten ohnerachtet zum Behuf der Consumption der innern Provinzen Teutschlands, in, freylich verhältnißmäßig geringen Quantitäten, von einzelnen alles aufs Spiel setzenden spekulativen Kaufleuten der Versuch gemacht wird, Bedürfnisse der Art kommen zu lassen, und weiter zu befördern, so ist doch leicht es zu ermesſen, daß jede gröſſere Mühe vermehrte Erschwerung erhöhte Gefahr der Zufuhr und Versendung in Anschlag gebracht werden müssen, und zur ungeheuren Vertheuerung der Waaren nicht wenig beytragen werden.

Unter den unentbehrlichsten dieser Bedürfnisse gehören wohl unstreitig, und besonders bey der jetzigen Seltenheit dieser Artikel alle Arten Getrayde. Tausende von Lasten kommen auf der Weser an Bremische Kaufleute, um von diesen zum unmittelbaren Gebrauch einer nicht unbedeutenden Anzahl von Reichs-Mittständen weiter geschafft zu werden. Wann aber der Weser-Strom nicht völlig frey, wann die Reichsstadt Bremen nicht forderſamſt der Beschwerden unter denen sie izt leidet, enthoben wird; so kann und wird der auswärtige Kornhändler un-

wiſs ob er für sein izt aller Orten so sehr gesuchtes Getrayde, in Bremen auch die erwartete Zahlung und zwar in denen bestimmten Terminen erhalten werde, nicht nur keine neue Contrakte schließen, sondern selbst die bereits getroffene unter diesem gegründeten Vorwand nicht einhalten, vielmehr dem noch nicht ausgeschiften Korn eine andere Bestimmung geben, daraus aber für die Verpflegung unzähliger Menschen und besonders der entfernten Armeen selbst, die übelsten nicht zu berechnenden Folgen entstehen.

Dieses alles haben auch bereits längst die aufgeklärte und weise Stände des teutschen Reichs eingesehen, und daher den Grundsatz gehegt, daß aller Nachtheil welchen sie dem Seehandel der Ausfuhr-Häfen Teutschlands zufügten, oder zu welchem sie auf dem Reichstage ihre Stimme abgeben würden, auf ihre Unterthanen zurückfalle, und daß hingegen an allen Vortheilen, welche sie für diesen Handel bewirkten, auch ihre Unterthanen Antheil nehmen würden, daher dann auch in denen neuesten Wahl-Verträgen mit Kayserlicher Majestät im Rückblick auf jene unumstößliche Wahrheiten, durch der Reichsstände Verwendung dahin es eingeleitet worden, daß des Kayſers Majestät ausdrücklich versichert: „Auch Wir die Handlung treibende Städte überhaupt, also in-

D

„son-

„sonderheit die vor andern zum gemeinen
 „Besten zur See trafiquirenden Städte
 „Lübeck, Bremen und Hamburg bey ihrer
 „Schiffarth und Handlung, Rechten und
 „Freyheiten dem Instrumento Pacis gemäß
 „erhalten, und kräftigt schützen wollen,, b)

a) *Bissh über die Zerrüttung des Seehan-*
dels Seite 252. 290.

b) *Neueste Wahl-Capitulation Art. VII.*
§. 2.

§. 14.

Unwiederbringlicher dem Bremischen
 Handel dadurch verursachter
 Schaden.

Unstreitig ist dann, wann wie geschehen, ein ruhiger Handelsort mit fremden Truppen überschwemmt, die Stadt in eine Festung umzumodeln auch nur angedrohet wird, eine der natürlichsten Folgen die, daß Handlung und Schiffarth, diese Grundpfeiler des Bremischen Flors und Bestehens eine merkliche Erschütterung erhalten.

Der ganze Handlungs-Zweig mit Frankreich, welcher, selbst auf die in den Inhibi-

torien

torien nicht begriffene Waaren - Artikel beschränket, immer noch von Bedeutung bleibt, wird durch den occupirten Zustand der Stadt auffallend zerrüttet werden. Mit Recht befürchtet der betriebsame Kaufmann noch einmal unter den traurigen Folgen eines bereits in Erfahrung gebrachten Embargo's auf Bremische Schiffe in Frankreichs Häfen seufzen zu müssen; und sehr nahe liegt die Vermuthung, daß die bemerklich gemachte zum Nachtheil der Reichsstadt Bremen unternommene Schritte, dieß nach sich ziehen werden, daß alle und jede in Frankreich befindliche Bremische Kaufleuten und Bürgern gehörige Waaren und Güter, wie deren in den öffentlichen Staats-Fonds stehende Capitalien mit Arrest bekümmert, zur See aber, alle und jede Bremische, und die, Bremische Güter und Waaren am Bord habende Schiffe aufgebracht werden, und so die schädlichste Zerrüttung entstehe.

Allein auch in mehreren Rücksichten leidet der Bremische Kaufmann. Nicht zu gedenken, daß der Einfluß der Affecuranzen auf die Waarenpreise bedeutend ist, daß die Höhe der Versicherungs - Prämie nach der Größe und der Mannigfaltigkeit der Gefahren sich richtet, daß jene aus vorerwähnten Gründen unendlich sich vergrößert, eben dadurch aber die Waaren im Preise steigen, der

Abatz derselben im nemlichen Verhältniß sich vermindert, so leidet derselbe auch auf der andern Seite nicht weniger durch den auffallend sinkenden Ländhandel. Der mit ihm im Verkehr stehende Bewohner der südlichen Provinzen Teutschlands, scheut sich schon jetzt Waaren über Bremen gehen zu lassen, da derselbe nicht sicher sich glaubt, ob auch von einem durch fremde Truppen gewaltsamer Weise besetzten Orte, dessen Befestigung angedrohet worden, sein Com-missionair die beordnete Waaren zu versen-den im Stande sey; der immer rege Handels-Neid findet dabey eine erwünschte Gelegen-heit, die damit verknüpfte Gefahr, immer noch bedenklicher zu schildern, wie sie es wirklich ist; und so wird der im Innern Teutschlands lebende, wie der Schweizerische Kaufmann lieber an andere mit denen Schre-cken des Krieges nicht belastete Oerter sich wenden, dann aber auch noch in der Folge, dem neu eingeschlagenen Handlungs-Wege, eine Reihe von Jahren hindurch, bis erneuerte an-derweitige Umstände auch hier wieder eine Abänderung erheischen, getreu bleiben.

Und diese Gründe waren es dann auch wahrscheinlich, welche Allerhöchst Ihro Kaiserlichen Majestät Vorsahren so sehr ein-leuchteten, daß die Reichsstadt Bremen unterm 24 May 1757. vom Kayser Franz einen Aller-

Allergnädigsten besondern Schutzbrief dahin erhielt „Daß zu des Reichs forderlichen „Besten auch ihr der Stadterhaltung selbige „von allen Bequartierungen, Cantonirungen, „Still-Laagern, und Durchmärschen verschont; „und der solchergestalt ertheilte Kayserliche „Schutz und Schirm mit algeziemender „Achtung und schuldigsten Gerhorsam ange-„sehen werden solle. a)

a) Anlage L.

§. 15.

Sonstige für die Reichsstadt Bremen darin liegende Nachtheile.

Wann gleich vermöge der Landeshoheit einem Landesherrn die Macht zusteht, die natürliche Freyheit seiner Unterthanen, des gemeinen Wohls wegen, einzuschränken, und bey einer wahren und wirklichen Colli-sion der Privat-Gerechtsamen, mit dem all-gemeinen Besten, jene diesem aufzuopfern, so wird dabey doch erfordert, daß eine sol-che Einschränkung der natürlichen Freyheit wirklich zum wahren Besten der Unterthanen gereiche, und nur dadurch allein und durch keine andere Mittel ein ohne diese

Beschränkung für andern zu befürchtender Schaden und Nachtheil abgewendet werde, daß daher eine Aufopferung der Privat-Gerechtsame zur Erhaltung des Allgemeinen, einen wirklichen Collisionsfall voraussetze, da die Privat-Befugnisse dem allgemeinen Besten schädlich und gefährlich sind.

Daß mit Hintansetzung und Aufopferung des Privat-Vermögens, für andere mehrere Bequemlichkeiten oder Vortheile erworben, und Annehmlichkeiten verschafft werden können, berechtigt selbst den Regenten nicht in die Gerechtsame seiner Unterthanen einzugreifen. a)

Auf alle Fälle aber muß derjenige der in solchen Fällen für andere das Seinige aufopfert, gehörig entschädigt werden. b).

Ist nun dieses unter die außerordentliche Rechte der Landesherrlichen Machtvollkommenheit zu rechnen, und doch nur angeführtermaassen unter gewissen grossen Einschränkungen in Anwendung zu bringen, so ist es auch in der Natur der Sache und der teutschen Reichs-Verfassung gegründet, daß ein teutscher Reichsstand über den Mißstand dergleichen Anmaassungen nie, und unter keinerley Vorwand, besonders aber dann nicht sich erlauben dürfe, wann nicht einmal, daß die verlangte Aufopferungen dem gemeinen Besten zum wahren und wesentlichen Nutzen gerei-

gereichen, auch ausführbar seyen; durch die in solchen Fällen allein competente freye Zustimmung des ganzen Reichs dargethan worden, und dann die erforderliche und gehörige Entschädigungen gar nicht einmal dargeboten, geschweige dann wirklich erfolgt sind.

Außer den grossen bereits im vorigen Abschnitt bemerklich gemachten Handels-Nachtheilen aber, leidet auch der Bremische Staat und dessen Bewohner auf mannichfache Weise. —

Bey den ohnehin so kostspieligen Kriegsausgaben ist es zugleich ein besonders trauriges Schicksal, daß hingegen die wichtigsten Nahrungs-Quellen des Bürgers, und, mit solchen, bedeutende Zuschüsse der Stadt-Cassen zu verliegen anfangen. — Ein grosser Theil des bürgerlichen Handels liegt darüber, die angesehensten Fabriken und Gewerbe mehrerer tausend Arbeiter gerathen in Stockung, das Stadt-Gebiet wird verwüßt, und unzählige Krieger-Fuhren verderben die Wege gänzlich. — Baare Geld-Vorschüsse und Auslagen werden dem Staate aufgebürdet und verursacht, ohne zu deren Wieder-Erstattung bisher die mindeste Veranstellungen zu treffen. — Die zur Ruhe und Sicherheit jedes friedliebenden Bürgers so unumgänglich erforderliche Polizey kan unmöglich

itzt wie in ruhigeren Zeiten zum Besten des Staats überhaupt wie jedes einzelnen Mitglieds desselben thätig sich wirksam bezeigen da die verschiedene aus Militair-Commando's bestehende sich selbst constituirende Autoritäten jeden Augenblick eingreifen, Collisions-Fälle verursachen, und die zum allgemeinen Besten abzweckende heilsamste Veranstaltungen vereiteln. — Alle und selbst die unentbehrlichste Lebens-Bedürfnisse sind durch die so unerwartete als unerbetene Volks-Vermehrung ungeheuer im Preise gesteigert verschiedene Getrayde-Arten sind kaum für den dreyfachen Werth dessen zu erhalten, was sie vor wenigen Monaten kosteten. Ansehnliche Heu- und Stroh-Magazine werden, der damit verknüpften Gefahr unbehindert, mitten in der Stadt angelegt — die Ausfuhr-Verbote der benachbarten Gegenden dauern immer noch und was am meisten auffallen wird, selbst abseiten der Königlichen Regierung zu Hannover, wider die Reichs-Stadt Bremen in der größten Strenge fort, ohnerachtet viele tausende der Hannöverschen Truppen in der Stadt bequartiert sind. —

Und der klagende Bürger und Bauer der ärmern Volks-Classen muß bey verminderten Hülf's-Quellen, und abnehmenden Erwerbs-Mitteln sich, seiner trostlosen Gattin und jammernden

mernden Kindern oft den letzten kümmerlichen Bissen entziehen, um den Hunger mehrerer Soldaten zu befriedigen, und durch diese Aufopferung sich wenigstens Ruhe zu erkaufen.

- a) Schnaubert Staats-Recht der Reichslande
§. 310. 311.
- b) Pestel de limitibus imperii eminentis.
Schlettweins Archiv für den Menschen
und Bürger 11 B. Num. 3.

§. 16.

Reichspatriotisches Benehmen der Stadt Bremen.

Diesen Gegenstand eine ausführliche Erörterung zu widmen, dürfte so unschicklich als unbescheiden seyn, besonders da einige flüchtige Grundlinien dem mit der neuesten Reichstags-Geschichte bekannten Leser genügen werden. Jederzeit liefs die Reichsstadt Bremen sich es angelegen seyn ihre Verpflichtungen welche sie dem allerhöchsten Reichs-Oberhaupt und dem gesammten deutschen Staats-Körper schuldig war, aufs sorgsamste zu erfüllen und mit der gewissenhaftesten Treue der nähern Verbindung nachzuleben.

zuleben, in welcher sie nach der teutschen Staats-Versaffung mit dem Niedersächsischen Kreise sich befindet.

So hat sie den ganzen Inhalt der bey dem gegenwärtigen Kriege ergangenen Inhibitionen aufs gewissenhafteste befolgt, wann gleich das Verbot der Ausfuhr mancher namhaft gemachter Waaren-Artikel zum offenkundigen Nachtheil vieler einzelnen gereichte. So hat sie nicht weniger alle mögliche Reichs- und Kreis-Erfordernisse so fort nach erhaltener gehöriger Aufforderung nach dem Maaße ihrer Kräfte zu leisten nie sich säumhaft bewiesen, sondern vielmehr sich stets bestrebt es hierin denen getreuesten und anhänglichsten Reichs- und Kreis-Mitständen gleich zu thun.

Auch kann die Reichsstadt zu dessen Bewahrheitung gewiß es wagen, auf das Zeugniß der hohen Königlichen Regierung zu Hannover selbst, sich zu berufen, da noch ganz neuerlich nemlich am 27ten März d. J. bey Gelegenheit eines an den Magistrat abgelassenen Schreibens, in welchem zum Behuf der Getrayde- und Fourage-Transporte auf Schiffen nach den alliirten Armeen die Erlaubniß des Linienzugs mit Pferden durch das Stadt-Gebiet nachgesucht wurde, selbige folgenden Ausdrucks sich bediente:

„Dass

„Dass man dießseits bereits mehrere Be-
„weise einer auf das allgemeine Beste
„gerichteten Denkungs- Art gegeben.“

§. 17.

Nähere Verpflichtungen des Chur-Hau- ses Hannover gegen die Reichs- stadt Bremen.

Die schuldigste und unverfälschteste Devotion verbindet die Reichsstadt Bremen an das benachbarte mächtige Churhaus Braunschweig-Lüneburg so sehr, daß statt aller Worte das ganze Benehmen während des Krieges für die Reichsstadt redet.

Noch erst vor drey Jahren, bey dem ersten Ausmarich der Hannöverschen Truppen gestattete sie nicht nur so fort den verlangten unschädlichen Durchzug, sondern war auch solche aus allen ihren Kräften zu versorgen, bemühet. Ganz neuerdings wurde der Königlichen Regierung zu Hannover die Befolgung aller Reichs- und Kreis-Mitständischen Pflichten abseiten der Reichsstadt schriftlich erneuert. Auch wird die ganze Generalität wie sämtliche Offiziere der in Bremen anwesenden Truppen der Bürger-

gesellschaft das Zeugniß nicht verläßen, daß sie in ihrem Betragen gegen die ihr wider Willen aufgedrungene Garnison die redendste Beweise für ihre dem Interesse des Hohen Chur-Hauses und der damit zu einem Zweck verbundenen Höchsten und Hohen Alliirten zugewandten Gesinnungen liefere. Ja auch noch bey denen jetzigen Anlässen ist und wird mit Klugheit im Stillen dahin gewirkt, um allen zu befürchtenden Unruhen und Blutvergießen entgegen zu arbeiten, da es vielleicht nur eines Funkens bedurft hätte um die erhizte nur durch das Ansehen ihrer Obrigkeit und wohldenkender Bürger, nicht durch militärische Gewalt beherrschten Volksmenge, welche laut über Ungerechtigkeit, und die unternommene Gewaltthatigkeiten sich beschwerte, zur Ausführung der heftigsten Maafsregeln zu bringen, diesem entgegen aber vielmehr durch eine Obrigkeitliche bereits am 11ten Merz 1795. erlassene Verordnung die Gemüther nach Möglichkeit zu besänftigen, und unter den obwaltenden traurigen Umständen zur Gedult und zur Ordnung zu stimmen; nicht ohne den glücklichsten Erfolg versucht worden.

Noch nähere Verpflichtungen gegen die Reichsstadt Bremen glaubt letztere mit Grund in dem bey Gelegenheit verschiedener Gränz-Irrungen im Jahr 1741. zu Stade zwischen
Ihro

Ihro Königlichen Majestät von Großbritannien als Churfürsten zu Braunschweig-Lüneburg und Herzog zu Bremen, mit der Reichsstadt getroffenen Vergleich zu finden, wann in demselben ausdrücklich und wörtlich versprochen worden:

„Ihro Königliche Majestät für Sich und
„Dero Nachfolgern an der Regierung
„der Chur-Braunschweigischen und Bre-
„mischen Länder, des Aller-Gnädigsten
„Erbieten sind, der Stadt Bremen Com-
„mercia, Handel und Gewerbe, zu Waf-
„fer und zu Lande zu befördern, ihr
„Wohlergehen sich allermildest angele-
„gen seyn zu lassen, ihr Territorium zu
„garantiren; Mithin darunter sowohl als
„in allen andern Stadt-Angelegenheiten,
„soweit sie billig, Ihr. der Stadt allemal,
„wann dieselbe unterthänigst darum an-
„suchen wird, Dero mächtigen Schutz
„und Beystand wider alle unbillige Ge-
„walt angedeyen zu lassen,“ a)

a) *Stader Vergleich de Ao. 1741. Art. XI.*

§. 18.

Widerlegung des Grundes als ob zur Communication der Truppen, die Schritte der Hannoveraner nothwendig gewesen wären.

Die vom General-Lieutenant du Plat angegebenen Ursachen der verfügten Thathandlungen, daß es nemlich zur eignen Sicherheit der Reichsstadt Bremen und zur ununterbrochenen Communication des vorwärts zum Cordon an der Nieder-Ems marschierenden Truppen-Corps mit den Churfürstlichen Landen eines Einlagers fremder Garnison bedurft habe a), sind nichts weniger als überzeugend.

So viel nemlich das erstere betrifft, ist es der teutschen Reichs-Verfassung entgegen, daß ein mächtiger Reichsstand für sich entscheide, oder gar seinem Feldherrn anzuordnen vergönne, was seiner Meinung nach dem benachbarten minder mächtigen Reichsstande zum Bestehen nützlich ist; und daß wider des schwächern Reichsstandes Wunsch und Willen zu Werke geschritten werde, um sein vermeintlich erkanntes Wohl durch militärische Gewalt zu schützen und zu befördern.

Allein

Allein auch der von Erhaltung der Communication entlehnte Grund bedeutet nichts, da mit dem lautersten Gefühle der Aufrichtigkeit die Reichsstadt Bremen darauf sich berufen kann, für die Erhaltung der glücklichen teutschen Verfassung allen patriotischen Eifer, soweit ihre schwache Kräfte reichten, dargelegt zu haben; es daher keines Zwangsmittels bedurft habe, die Befolgung einer nach den bekannten nachbarlichen Verhältnissen, so natürlichen als ungeheuchelten und nie verlegneten Neigung von der Reichsstadt zu erhalten, und sich derselben fortwährend zu versichern. Wäre aber auch aus diesem Gesichtspunkt die Occupation noch einigermaßen zu rechtfertigen, wie sie es jedoch nicht ist, so fällt doch auch sogar aller Schein einer Nothwendigkeit und Rechtmäßigkeit dieses Schritts völlig weg, nachdem zur Verbütung desselben am 8. März d. J. dahin vom Rathe und der Bürgerschaft die Vereinbarung getroffen:

„Die Befolgung aller Reichs-Mitständischen Pflichten nach Maafgabe der Reichs-Constitutionen in Betreff der Durchzüge, selbst dann, wann nicht jedesmal specielle Requisitionen erfolgen sollten.“

Der

Der Königlichen Regierung zu Hannover während dieses ganzen Reichskrieges zuzufichern; hievon auch den commandirenden Hannöverschen General zu benachrichtigen.

a) Anlage D.

§. 19.

Die angebliche Vertheiligung des Nieder-sächsischen und Westphälischen Kreises rechtfertigt diese Verfügungen eben so wenig.

In dem vor der wirklichen Occupation der Reichsstadt Bremen erfolgten Schreiben des geheimen Cabinets zu Hannover wurde behauptet:

Dafs die Vertheidigung Sr. Königlichen Majestät teutscher Lande und des gesammten Nieder-Sächsischen Kreises die Besetzung erforderlich mache. a) —

[In diesem wie in den andern als Anlagen beygefügtten Schreiben der Königlichen Regierung, werden dem aufmerksamen Leser zwar gewisse im Context als Anreden gebrauchte Ausdrücke äußerst auffallen, welche dem

dem Genius des Zeitalters, dem Ende des 18ten Jahrhunderts, keinesweges angemessen sind; da jedoch jene Worte nicht unter die Materialien gehören, auch wahrscheinlich einem seit dem grauen Alterthum nicht revirten Canzley-Styl ihren Ursprung verdanken, so enthält man sich billig aller hieher nicht gehörigen Beurtheilung derselben.]

Mit dieser Aeufferung stimmt auch nachfolgender Schritt überein, wann gleich solcher eben so wenig zur Entschuldigung reichen kann.

Wann z. B. der an die Hohe Reichs-Versammlung zu Regensburg accreditirte Churfürstlich - Braunschweig - Lüneburgische Herr Gesandte ex Rescripto vom 26. März gegen einige andere fürstliche Herren Gesandten vor kurzem äussern wollen:

Dafs die Gefahr einer feindlichen Invasion im Westphälischen und die Sicherheit der Königlichen Lande und des Nieder-Sächsischen Kreises die Occupation der Stadt Bremen erfordert habe; so läßt selbst diese Erklärung jenes Verfahrens mit der Reichs-Versaffung sich nicht vereinbaren, und rechtfertigt die Occupation keinesweges.

Die Anmaassung des Schutz-Rechts eines Reichsstandes über den andern konnte vor Jahrhunderten, vor publicirten Landfrieden,

den, vor Errichtung der Eintheilung in Kreise, nicht aber in heutigen Tagen sich entschuldigen lassen; b) überdies sind bereits im Anfange des 15ten §. gegenwärtiger Abhandlung die Argumente weitläufiger auseinander gesetzt, warum die zur Rechtfertigung dieses Schritts aus dem allgemeinen Besten und der Vertheidigung einiger nördlichen teutschen Reichskreise angeführte Gründe von keinem Belang sind, und noch auffallender ist es durch die Bemerkung, daß ein ganzer beträchtlicher Kreis wie der Niedersächsische, dem an innerer Kraft es nicht gebricht von einem einzelnen Reichs-Mitstand, und zwar auf eine solche Art in Schutz genommen werden solle.

Auch hat der Erfolg hinreichend bestätigt, daß der Nieder-Sächsische Kreis besonders dessen nördlicher Theil von Kriegs-Gefahr nichts zu befürchten haben konnte, und zur Aufrechterhaltung ihrer eignen in ihrer Verfassung gegründeten innere Wohlfahrt bedurfte die Stadt keiner militärischen Hülfe.

Zwar kann man es dahin gestellt seyn lassen wie der gesammte Kreis eine solche Erklärung aufnehmen werde, zumal von demselben keine Aufforderung zu seiner Sicherstellung an die Königlich-Churfürstliche Regierung zu Hannover ergangen seyn kann, weil die reichskundig zum Nieder-

Sach-

Sächsischen Kreise gehörige freye Reichsstadt Bremen sonst doch darum wissen würde.

Diese Mitwissenschaft entgeht ihr jedoch gänzlich und eben so wenig hat sie selbst, dieses benachbarten Staats Hülfe nachgesucht.

Ueberhaupt aber können keine aus der Nothwendigkeit der Umstände etwa entlehnte Gründe eine Abweichung von den Reichsconstitutionsmäßigen Wegen beschönigen, da es in die Augen fällt, daß es nie an scheinbaren Vorbildungen einer solchen Nothwendigkeit in jedem einzelnen Fall von Seiten des ohne Einwilligung des Reichstags oder der Kreis-Versammlungen vorsehreitenden Standes mangeln würde, und also die im 11ten §. angezogene Reichs-Vorschriften ganz unnütz und ohne Anwendung bleiben würden.

a) Anlage C.

b) Boeris diff. de eo quod circa protectionem subditorum alterius Domini territorialis inter status Imperii iustum est.



Nähere Ober-Aufsicht und darin gegründeter Schutz des Kayfers über die Reichsstädte.

Noch in den heutigen Tagen zeigt die höchste, und in so fern sie in einer Person sich befindet die alleinige und ungetheilte Ober-Aufsicht des Kayfers über die Erhaltung der teutschen Reichsverfassung sowohl im allgemeinen, als besonders in Ansehung der teutschen Reichsstädte in einem vorzüglich hohen Grade sich wirksam, welches eine so bekannte, als in der Natur dieser Staaten gegründete, und durch das Herkommen bestätigte Wahrheit ist. a)

Hieraus erklärt es sich dann auch, warum in den mit dem jedesmaligen Reichs-Oberhaupt feyerlichst getroffenen Wahl-Verträgen des Kayfers Majestät ausdrücklich versprochen hat:

Churfürsten, Fürsten und Stände des Reichs, samt deren allerselts Landen, Leuten und Unterthanen zu schützen, und zu manutemiren, auch auf keinerley Art beschweren zu lassen. b)

auch befiehlt das vorbemeldete

in Unferm und des Heiligen Römischen Reichs alleinigen Schutz und Vertheidigung gelaßen werde. c)

somit jeder anderweitig aufgedrungene Schutz wie ein Eingrif in die Kayserliche Rechte zu betrachten. d)

Auch wird der Kayserliche Hof veranlaßt, sich einer Reichsstadt vermöge seiner Oberaufsicht besonders anzunehmen und dahin verdient außer Zweifel der Fall gerechnet zu werden, wann einer freyen Reichsstadt das Recht der Reichsstandschafft bezweifelt wird. e)

Wohin dann auch der Fall, wann einer Reichsstadt Reichs- und Mitständische Rechte gekränkt werden sollte, gerechnet zu werden verdient.

Bey dem ehemaligen Streit über die Reichsstandschafft der Reichsstädte Bremen und Hamburg mit den Königen von Schweden als Herzogen von Bremen und dem Herzoglichen Hause Holstein, hat daher der Kayserliche Hof unter andern die Rechte dieser Reichsstädte auch durch Negotiationen und andern Official-Verwendungen sehr stark betrieben. f)

Sich auch schon mehrmals in diesem Wege der Reichsstadt Hamburg in Betref ihrer Handlungs-Freyheit gegen die Krone Dänemark huldreichst angenommen. g)

Da auch unbezweifelt, der Kayserlichen Majestät die Macht zusteht, außer dem Wege Rechtens bey einem aus seinen Schranken getretenen Landesherrn Vorstellungen thun zu lassen, und allenfalls auch zu ernsthafteren Reichsgesetzmäßigen Mitteln zu schreiten *h)*

So geht auch zu deren Aufrechthaltung die ausdrückliche Erklärung derselben in der Wahl-Capitulation dahin:

„Wir wollen weder den Reichsgerichten, noch sonst Jemanden, wer der „auch sey, so in als außer dem Reiche „gestatten, daß den Ständen in ihren „Territoriis, in ihre Landeshoheits- und „Regierungs- besonders in Religions- „Polizey - Kameral - Militair - Justiz - Lehen-Kriminal- und Gnadenfachen sub „quocunque praetextu, wider die Reichs- „gesetze, den Friedensschluß, oder auf „gerichtete rechtmäßige und verbind- „liche Pacta vor- oder eingegriffen „werde; auch besonders die Städte bey „ihren wohl hergebrachten Verfassungen „und gesetzlichen Regierungsformen „handhaben, ohne darin willkührliche „Veränderungen zu machen noch zu „gestatten. *i)*

a) *J. J. Mosers Traktat von den Kaiserlichen Regierungs-Rechten und Pflichten.*

b)

b) *Neueste Wahl-Capitulation Art. IV. S. 19.*

c) *Neueste Wahl-Capitulation Art. XXVII. S. 3.*

d) *Heumann Diff de Characteribus Superior. Territor. caute designandis p. 67.*

e) *Malblanc Abhandlungen aus dem Reichsstädtischen Staats-Recht. Dritte Abhandl. S. 14.*

f) *Mosers Reichsstädtisches Handbuch I. S. 231.*

g) *Malblanc am angeführten Ort.*

h) *Schnauberts Staats-Recht der gesammten Reichslande S. 70.*

i) *Neueste Wahl-Capitulation art. I. S. 8.*

III. Abtheilung.

Jetzige Lage der Angelegenheiten.

§. 21.

Fortwährende Bedrückungen.

Noch bis auf diesen Augenblick ist die Reichsstadt Bremen die fühlbarste Unannehmlichkeiten von den zur Englischen Armee gehörigen sowohl, als denen Chur-Braunschweigischen Truppen unverschuldete zu leiden, gezwungen.

Zwar sind, so viel die erstern betrifft, die Garden wie die Englische Regimenter endlich eingeschifft, allein immer noch ist die Stadt mit Englischen und zu Emigranten-Corps gehöriger, in Englischem Solde stehender Offiziere, deren Gefolge und Pferden angefüllt, die zum Theil zum Lazaret, zum Theil aber auch zu dem bereits abgegangenen Hauptquartier sich zählen. Noch ist das Englische Commissariat mit einer großen Menge theils mit Recht, zum theil aber auch nur unter erborgter Maske dazu sich zählender Personen in Bremen. Mehrere tausend Pferde und dazu gehörige Personen verschiedener Nationen von denen man oft nur so viel

viel in Erfahrung ziehen kan, das sie zur Englischen Armee gehörig sind, und welche ohne Anfrage und Erlaubniß im Stadt-Gebiet sich nach Willkühr einquartiert haben, haufen dort auf eine dem armen Landmann sehr drückende Art.

Ohnerachtet der schriftlichen Versicherung des General Harcourt, das das Englische Hospital nur einen augenblicklichen Aufenthalt in Bremen behalten solle, a) werden zwar die Reconvalescenten weiter geschafft, jedoch die durch diese und eine beträchtliche Anzahl Sterbender entstehende Lücken von neuen Kranken-Transporten ersetzt, und so wird eine der größten Geisseln des Krieges, die beständige Furcht für bösertige und ansteckende Krankheiten einer so volkreichen Stadt fortwährend aufgebürdet, hiedurch aber die gute, von des Prinzen Ernst zu Mecklenburg Durchlaucht geäußerte Meynung, das es der Englischen Generalität Absicht nicht seyn könne und werde ein permanentes Hospital in Bremen zu errichten, b) leider widerlegt. Und von den ungeheuren Kosten, welche der Staat zur Erbauung und Einrichtung des Lazarets vorschießen müssen; von einer beträchtlichen Anzahl Fuhrn und Natural-Lieferungen zum Behuf desselben und der Armee, ist aller vorherigen Versprechungen und nachherigen Anmahnungen ohnerachtet,

bracht, bis ~~bisher~~ die schuldige Bezahlung nicht erfolgt, und die sowohl hierüber als über verschiedene andere Punkte dem General Harnnurt gestellte gerechte Beschwerde c) unabgeholfen geblieben.

So unangenehm eine solche Behandlung nun auch schon den Leidenden Theil an und flüchtig selbst ist, so wird selbige doch noch durch die, das Mitgefühl jedes patriotischen Deutschen rege machende Bemerkung vergrößert, daß ein deutscher Reichs-Stand diesen widerrechtlichen, zum Theil selbst wider allen Kriegs-Gebrauch verstossenden Ungemächlichkeiten, durch Generale und Commissariate einer fremden mit demselben auch nicht in der mindesten Verbindung stehenden auswärtigen Macht ausgesetzt wird. —

Von den Chur-Braunschweigischen Truppen sind noch jederzeit ungefähr 2500 Infanteristen in der Stadt selbst, und an die 500 Mann Cavallerie in den Vorstädten und dem Stadt-Gebiet, Bremens Bewohner zur Last ins Quartier gelegt, welche eben dadurch, und durch ihre anhaltende fast tägliche militärische Uebungen in- und außerhalb der Stadt auf Wiesen und Grasplätzen, manche Unzufriedene machen, und die Nahrungs-Sorgen der geringern Menschen-Classen beträchtlich vermehren; die beunruhigende Vermessungen der Gegenden dauern immer noch

noch fort, die Stadt wird durch, nicht an einem sichern freien Ort außerhalb ihren Mauern sondern in ihrer Mitte angelegte Heu- und Stroh-Magazine, durch zahlreiche mit Pulver und Munition angefüllte Wagen in Sorge gesetzt, welche auf offenen Plätzen durch Entzündung eines Wetterstrahls oder durch die kleinste Unvorsichtigkeit sehr leicht die fürchterlichste Feuersbrunst zu verursachen im Stande sind, und den traurigen Gedanken einer möglichen Einäscherung eines grossen Theils der Stadt mit sich führen.

a) Anlage E.

b) Anlage F.

c) Anlage M.

§. 22.

Schritte welche zu deren Abstellung bisher geschehen sind.

Um jeden Gedanken einer stillschweigenden Genehmigung der gedachten Schritte zu entfernen, welche jeder gute Bürger nicht anders wie mißbilligen kan, um von diesen Druck die Reichsstadt baldmöglichst zu befreyn, verselste man nicht, der Königlischen Regierung zu Hannover, In Betreff der

Oech-

Occupation, und dem vom General-Lieutenant du Plat geäußerten Gedanken einer Befestigung der Stadt, die dringendsten Gegen-Vorstellungen zu machen. Zwar fruchteten diese nichts, jedoch erhielt man wenigstens die Beruhigung, daß die aufgestellte Gründe wahrscheinlich keiner gründlichen Widerlegung fähig gewesen waren, weil sie blos mit der so auffallenden als weit umfassenden Erklärung abgefertigt wurden:

„Daß dieses durch eine Raison de guerre
„veranlaßt werde a) —

In der nemlichen Absicht verfehlte man dann auch nicht von dem Allerhöchsten Reichs-Oberhaupt die nachdrücklichste Verwendung, wie die Erlaffung Zweck beförderlicher Abmahnungs-Schreiben zu erbitten. — Auch unterliefs man es nicht des Königs von Preussen Majestät und Sr. Hochf. Durchlaucht den Herzog zu Braunschweig als Kreisauschreibende Fürsten des Niedersächsischen Kreises, dann aber auch verschiedene Allerhöchst und Hohe Höfe, denen die Reichsstadt schon oft den mächtigsten Schutz verdankte, unter Mittheilung einer getreuen Geschichts-Erzählung und

und der Stadt das Wort redender Gründe dahin anzugehen, durch die dringendste und nachdrücklichste Vorstellungen bey der Königlichlichen Regierung zu Hannover vom lästigen Joche der Besetzung die schuldlose Reichsstadt Bremen befreyen zu helfen. —

Wie man dann endlich um nichts zu verabsäumen, eine lebhafte Schilderung der durch die Englische Truppen verursachten mannichfachen Bedrängnisse, nebst dem in der Gerechtigkeit und Billigkeit gegründeten Gesuch solchen für jezt und für die Zukunft wirksamst abzuheilen, an des Königs von Großbritannien Majestät unterthänigst erliefs.

a) Anlage I.

§. 23.

Auf vorangeschickte Vordersätze dem
Rechte wie der Billigkeit ange-
messene Wünsche.

Mitten im Deutschen Reich wo das feste
Band einer lang gereitten allgemeinen Con-
stituti-

stitution auch den schwächsten Reichsbürger gegen Anfälle der Uebermacht sicher stellt, müssen die angeführte That-Umstände die gespannteste Aufmerksamkeit der Zeitgenossen erwecken. Vertrauensvoll kan man zum teutschen Gemeingeiste die zuverlässige Erwartung hegen, daß die bloße Geschichte der erlittenen Beschwerden zur möglichst wirksamsten Theilnahme einen jeden auffordern werde, dem unsere teutsche Reichsverfassung, die Wirksamkeit unserer Reichs-Grundgesetze, und die jedem Besitzstande von Rechtswegen zu Gute kommenden Sicherheit nebst dem allgemeinen Wohl zu Herzen geht.

Jahrhunderte hindurch hat die teutsche Reichs-Verfassung und oberste Reichs-Justiz die größern und kleinern Reichs-Staaten gegen Zersplitterungen der Eigenmacht und Gewalt stets sicher getragen. Sie bewährt ihr höchstes Ansehen durch Mittel, jeden Anfall zur Störung der Ruhe und des Friedens benachbarter Mitstände kräftigt entgegen zu arbeiten; Mittel welche alle Vaterlän-

ländischgefinnten Stände, und besonders auch alle Mindermächtige mit zuversichtlicher Hoffnung jederzeit belebte, und im vollsten Umfange den hohen Werth fühlen läßt, Glieder des glücklichen teutschen Staatskörpers zu seyn.

Allein auch ohnehin bleibt der Reichsstadt Bremen immer noch die Hoffnung, daß die wiederholte Verwendungen und beschwerende Vorstellungen, bey Großbritannien weisem und großem Könige, wie bey der so menschenfreundlichen Königlich-Churfürstlichen Regierung zu Hannover, endlich, besonders izt, da die Friedens-Palme schon grünt, die gehoffte Absicht erreichen, und die ungesamte Abstellung aller noch fortdauernden Bedrückungen und eine Sicherstellung für künftige Zeiten, dann aber auch den Ersaz sämtlich verursachter Kosten und Schäden zur Folge haben werde.

Im Vollgenuss des beseeligenden Gefühls, daß keine ähnliche Auftritte die Früchte seines Fleisses jemals stören können; wird dann der frohe Bewohner Bremens durchdrungen von unnennbaren Dankgefühl,

der

der pflichtvollsten Anhänglichkeit und dem reinsten Patriotismus, seine jetzige Befreyung und seinen dauerhaften Wohlstand auf den mächtigen Schutz gegründet sehen, den die glückliche teutsche Reichs - Verfassung auch dem schwächsten Reichs - Gliede gewährt.

A n l a g e n.

Verzeichnifs.

- A) Schreiben der Königlichen Regierung zu Hannover an den Magistrat der Reichsstadt Bremen vom 24. Februar 1795.
- B) Revers des General-Lieutenant Dü Plat vom 6ten März 1795.
- C) Schreiben des Geheimen Cabinets zu Hannover an den Magistrat der Reichsstadt Bremen vom 28. Februar 1795.
- D) Schreiben des General-Lieutenant Dü Plat an den präsidirenden Bürgermeister der Reichsstadt Bremen vom 7. März 1795.
- E) Schreiben des Englischen General-Lieutenant Harcourt an den Magistrat zu Bremen vom 3. März 1795.
- F) Schreiben des Prinzen Ernst von Mecklenburg Strelitz Durchlaucht an den Syndicus von Eelking in Bremen vom 20. März 1795.
- G) Pro Memoria des General-Lieutenant Dü Plat an den Senat der Reichsstadt Bremen vom 4ten April 1795.

- H) Pro Memoria eben desselben an denselben vom 12ten April 1795.
- I) Schreiben der Königlichen Regierung zu Hannover an den Senat der Reichsstadt Bremen vom 14ten April 1795.
- K) Anerkennungs-Urkunde der Unmittelbarkeit der Reichsstadt Bremen, abseiten des Königs von Großbritannien vom Jahr 1731.
- L) Auszug eines Kayserlichen der Reichsstadt Bremen Allergnädigst ertheilten Schutz-Briefes vom 24ten May 1757.
- M) Schreiben des Magistrats der Reichsstadt Bremen an den General-Lieutenant Harcourt vom 10ten April 1795.

Anlage A.

Schreiben der Königlichen Regierung zu Hannover an den Magistrat der Reichsstadt Bremen d. d. Hannover d. 24. Februar 1795.

Unfern &c. &c.

Die nahe Gefahr womit der Westphälische und Niedersächsische Kreis von dem gemeinfähnen Reichs-Feinde bedrohet werden, macht es erforderlich, daß die noch hier im Lande befindlichen Königlichen Truppen ausrücken um eine Position nach der Niedern Ems zu nehmen, die zum Schutz der obiger Kreise lediglich bestimmt ist.

Wie nun ein Theil dieser Truppen nach Maafsgabe der anliegenden Marschrouten auf seinen Marsche dahin die dortige Reichsstadt und deren Gebiet zu berühren haben wird, also ersuchen Wir die Herren und Euch selbigen einen freyen unschädlichen Durchzug zu gestatten und die erforderlichen Bedürfnisse zu landüblichen billigen Preisen verabfolgen zu lassen.

Wir werden solches mit Dank erkennen und verbleiben Denenelben und Euch zu freundlichen Diensten stets geneigt

Hannover den 24ten Febr. 1795.

König-

Königlich-Großbritannische zur Churfürstlich Braunschweig Lüneburgischen Regierung verordnete Geheime Räte

G v Kielmansegge.

Anlage B.

Revers des General-Lieutenant Du Plat d. d. 6. März 1795.

Dem Hochweisen Rath und der löblichen Bürgerschaft hiesiger Reichsstadt Bremen, gebe ich so viel ich weiß die Versicherung, daß die beyden morgen hier eintreffenden Churfürstl. Braunschweig - Lüneburgischen Infanterie Regimenter, nach gehaltenen Rasttag weiter zum Cordon marschiren werden, und daß der nachkommende Artillerie-Train in hiesiger Stadt nicht bequartiert werden soll.

Bremen den 6ten März 1795.

JG du Plat Generl.

Anlage C.

Schreiben des Geheimen Cabinets zu Hannover an den Magistrat der Reichsstadt Bremen d. d. Hannover den 28. Febr. 1795.

F 3

Unfern

Unsern Erc. Erc.

Da die Vertheidigung Seiner Königlichen Majestät teutschen Lande und des gesammten Niederrheinischen Kreises es dermalen unumgänglich erforderlich macht, daß die dortige Stadt von Seiner Königlichen Majestät Truppen occupirt und besetzt werden muß, so vertrauen Wir zu den Herren und Euch, daß darüber die Nothwendigkeit der Umstände erkannt, und einiges Hinderniß nicht in den Weg gelegt werden wird. Dagegen versichern Wir, daß von den Truppen die genaueste Mannzucht und Ordnung beobachtet, auch ihre Verpflegung baar bezahlt und übrigens die Stadt-Verfassung ungekränkt geblieben werden soll. Wir verbleiben den Herren zu Erweisung freundschaftlicher Dienste stets geblieben.

Hannover den 28. Febr. 1795.

G v Kielmansegge.

Anlage D.

Schreiben des General-Lieutenant Dü Plat an den präsidirenden Bürgermeister der Reichsstadt Bremen d. d. Bremen 7. März 1795.

Ew. Magnificenz

Erachte ich mich zur Entbindung meiner in verfloßener Nacht schriftlich gegebenen Versicherung verpflichtet, mittels dieses zu eröffnen, daß Tages vor meiner Abreise aus Hannover am 3ten dieses von des Herrn General Feldmarschalls von Freytag Excellenz mir eine versiegelte Ordre eingehändigt worden, mit dem Befehl, solche nicht eher zu erbrechen, bis das 8te und 12te Infanterie-Regiment hier wirklich zum Nachtquartier eingerückt sey.

Nachdem nun diesem zufolge ich bey Erbrechung gedachter Ordre, angeschlossenes Schreiben aus dem geheimen Cabinet von der Königlichen Regierung zu Hannover darin finde, das ich hierbei zu überreichen die Ehre habe, und andernteils in gedachter geheimen Ordre mir vorgeschrieben ist, eine einstweilige Besatzung in hiesiger Lößlichen Reichsstadt, zu ihrer eigenen Sicherheit und zur ununterbrochenen Communication mit den vorwärts marschirenden Königlich-Churfürstlichen Corps Truppen zu lassen; So hoffe ich auch mit Zuversicht, daß ein Hochweiser Rath und Lößliche Bürgerschaft in vollen Vertrauen auf Königlich Churfürstlichen Hannoverschen Regierung gerechten Absichten zum Schutz und Beystand des Nieder-

Nieder-Sächsischen Kreyfes, das 12te Infanterie-Regiment von Linzingen hier gerne in Garnison lassen, und mit Nachbarlicher Willfahung und Freundschaft begegnen, mich aber dadurch in den Stand setzen werden, daß ich das 8te Infanterie-Regiment Printz Ernst, nächsten Montag den 9ten und die übrigen successive ankommenden Regimenten weiter von hier zu ihrer Bestimmung marschiren lassen könne.

Bremen den 7. März 1795. Abends 5 Uhr.
JG. du Plat.

Anlage E.

Schreiben des Englischen General-Lieutenant
Harcourt an den Magistrat zu Bremen

au Quartier General à Osnabruck
le 3 Mars 1795.

Messieurs!

J'ai eu l'honneur de recevoir Votre Lettre avec les Representations que Vous M'y faites sur la proposition d'établir à Bremen un Hôpital pour les malades de l'Armée Britannique qui doivent passer en Angleterre aussitôt que possible. Je ne puis que regretter que des Raisons quelconques Vous aient porté

porté à Vous y refuser, d'autant plus que cet Etablissement ne doit être que momentané, et que la situation de Votre Ville et des affaires en general est telle, qu'il est rendu absolument nécessaire.

Je doute extremement que les Raisons que Vous allegues aient la moindre Validité auprès des Francois, dut le Malheur ou Sort de la Guerre les conduire sur Votre Territoire. Je ne puis donc que Vous repeter Ma demande avec les Instances les plus pressantes de consentir à une Mesure, qui ne peut influer sur la Ville de Bremen de la maniere que Vous dites, et qui est rendue indispensable par la Situation de l'Armée.

C'est avec les sentiments les plus distingués que J'ai l'honneur d'être

Messieurs

Votre tres humble et tres obeissant
Serveur

Wm. Harcourt

Lient. General Command the British
Troops.

Anlage F.

Schreiben des Printzen Ernst von Mecklenburg Sreliz Durchlaucht an den Sydicus von Eelking in Bremen
d. d. Oldenburg den 20 Merz 1795.
F 5 Hoch-

*Hochwohlgebohrner Herr!
Hochgeehrter Herr Syndicus!*

Der Befchluss meines an Ew. Hochwohlgeb. unterm 18ten per Estafette erlassenen Antwort-Schreiben wegen der einstweiligen Aufnahme des Englischen Hospitals in der Reichsstadt Bremen war zu bestimmt um von der Bürgerschaft eine solche Erklärung nicht zu erwarten wie diejenige ist, so Dero per Estafette von voriger Nacht empfangenes Schreiben an mich enthält.

Es kann und wird der Englischen Generalität Ablicht nicht seyn ein permanentes Hospital in Bremen zu etabliren; wann aber bis zu anderweitiger Verfügung Kranke und Blebsirte der Englischen Armee vors Thor kommen, so sollen und müssen solche ohngefäumt eingelassen, und nach Pflichten der Menschheit untergebracht werden.

Ew. Hochwohlgebohrnen werden diesen meinen festen Entschluss dem Senat und der Bürgerschaft vorlegen, und mich nicht in die Nothwendigkeit setzen denselben durch ernsthaftere Mittel die ich dazu in Händen habe, ausführbar zu machen, als wozu ich mit dieser Estafette den General Lieutenant von Linsingen die Anweisung gebe, im nicht zu hoffenden fernern Weigerungsfall mir folgleich die Meldung zu thun, da ich denn sofort

fort das weitere verfügen werde, was die jetzige Lage der Sache schlechterdings nothwendig macht.

Ich verharre mit besonderer Hochachtung

Euer Hochwohlgebohrnen

Oldenburg
den 20. März
1795.

ergebener Diener
Ernst Hzg. Mecklenb.

Anlage G.

**Pro Memoria des General-Lieutenant Dü Plat
an den Senat der Reichsstadt Bremen
d. d. Bremen d. 4. April 1795.**

Nachdem zur Sicherstellung des Westphälischen und Niederländischen Kreises von den Königlichen Regierungen zu Hannover und Berlin gemeinschaftlich beschlossen ist, daß die Reichsstadt Bremen in einen so viel thunlichen Vertheidigungsstand forderksamstens gesetzt, und von Endesunterschiedenen in Ausführung gebracht werden soll. So nehme ich mir die Ehre einem Hochweisen Senat hiesiger Reichsstadt sothanen unabänderlichen Entschluss mittels dieses zu eröffnen und dabei zu ersuchen, daß zu Befchleunigung des quomodo? mir eine genaue Karte des

des hiesigen Stadt-Districts und der Festungswerke, imgleichen das Verzeichniß des Geschützes, Pulvers und Kugeln, auch mehrerer demnächst nahhaft zu machender Defensionsmittel, blos zur Einsicht und zu der Stadt eigenen Besten sofort getreulich communiciret werde, um alle unangenehme Weitläufigkeiten zu vermeiden und mich in den Stand zu setzen, von jenem Geschäfte nach Pflichten mich zu entledigen.

Bremen den 4ten April 1795. am Mittage

JG Du Plat

General-Lieut. und Chef
des Ingenieur-Corps.

Anlage H.

Pro Memoria des General-Lieutenant Dü Plat
an den Senat der Reichsstadt Bremen
d. d. Bremen den 12. April 1795.

Zur Beantwortung des von Bürgermeister und Rath hiesiger Reichs-Stadt unter den 4ten dieses mir gewordenen Scripti Pro Memoria wird hiemit auf höhern Befehl bezeugt:

Dafs da das Königlich-Churfürstliche Ministerium zu Hannover der hiesigen Reichs-Stadt einmahl zu erkennen gegeben

ben hat, dafs die Besetzung derselben mit Sr. Königlichen Majestät Truppen zur Vertheidigung des Nieder-Sächsischen Kreises und den diesseitigen Lande nothwendig geworden sey, also die weitere militairischen Anstalten und Vorkehrungen von selbst eine Folge davon sind, und das Ministerium überall nicht gemeinet ist, über jeden punct Sich desfalls noch erst in einer besondern Correspondenz einzulassen.

So wird EndesUnterfchriebener Kraft dieser gemessenen Anweisung auch dasjenige ins Werk richten, was ihm Behuef des Vertheidigungs-Standes der Stadt Bremen anbefohlen ist, ohne in die Nothwendigkeit gesetzt zu werden, von Seiten der im Cordon stehenden Königlichen Troupen unter Ordre des Herrn Herzogen Ernst zu Mecklenburg Durchlaucht seinem hiesigen Geschäfte Nachdruck zu geben.

Bremen den 12ten April 1795.
Vormittags 10 Uhr.

JG du Plat
Gener. Lieut.

Anlage

Anlage I.

Schreiben der Königlichen Regierung zu
Hannover an den Senat der Reichsstadt
Bremen. d. d. 14. April 1795.

Unsere freundliche Dienste zuvor Etc. Etc.

Es sind uns die beyden Schreiben sehr unerwartet gewesen welche Dieselben und Ihr, wegen der Besetzung der dortigen Stadt mit Sr. Königlichen Majestät Truppen, und wegen des nothwendig herzustellen den Vertheidigungs-Stands daselbst, unterm 5ten und 8ten dieses Monats an uns erlassen wollen.

Nachdem Wir gleich anfangs schon zu erkennen gegeben, daß die Sicherheit und Vertheidigung Sr. Königlichen Majestät Lande und des ganzen Niedersächsischen Kreises die Besetzung der Stadt Bremen erfordere, auch deshalb die behufige Versicherung ertheilet, so ist das weitere von selbst eine Folge davon, und können Wir ein mehreres darunter nicht hinzuzufügen haben.

Wir begreifen aber überall nicht, wie von Denenelben und Euch eine Schwierigkeit über etwas erregt werden mögen, das der kundbaren raison de Guerre gemäß, bey Frankfurth, Cölln und andern Reichsstädten, auch in mehrern Chur- und Fürstlichen Landen

den geschehen, und nirgends einer Weiterung unterworfen gewesen ist.

Am wenigsten kan natürlich hiebei der Gewinnst des Handels in Betracht kommen, wenn von der Abwendung der Gefahr einer feindlichen Invasion, und von der Sicherheit ganzer Reichs-Kreise und aller benachbarten reichsständischen Lande die Frage ist.

Wir dürfen daher im mindesten nicht zweifeln Dieselben und Ihr werden Sich den getroffenen und ferner zu treffenden Vertheidigungs-Anstalten keinesweges entziehen, vielmehr mit aller Bereitwilligkeit und Facilität dazu concurriren und mitwirken wollen.

Die Wir Denenelben und Euch zu freundlichen Diensten stets geneigt verbleiben.

Hannover den 14. April 1795.

Königlich Großbritannische zur
Churfürstlich Braunschweig-
Lüneburgischen Regierung ver-
ordnete Geheime Räche.

G. v. Kielmansegge.

Anlage K.

Sr. Königl. Maytt. von Groß-Britannien, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, und Hertzog zu Bremen, erklären sich hiemit, daß die Stadt Bremen der Reichs-immediat, des Sitzes und der Stimme auf Reichs- und Creys- Conventen, des unmittelbaren Beytrags ihrer contingentien zu denen Reichs- und Creys- Steuern, (welche dem Hertzogthumb Bremen an denen bisherigen Matricular-Contingentien zu Reichs- und Creys- Steuern nach proportion jeden Theils Matricular- Anschlages abzuschreiben seyn werden) imgleichen des freyen Reichs-Städtischen Praedicati genießen, und sich gebrauchen möge; Wollen auch dem Articulo 10. §. 8. Instit. Pacis nichts zu wider thun, und darzu bey der Brem- und Verdischen Investitur sich schriftlich verbinden; Was aber die praetensionen der Stadt gegen Sr. Königliche Maytt. als Hertzog zu Bremen anlanget, welche, weder vorangezogenem Articulo 10. §. 8. Instit. Pacis noch der Stadt Bremen immediat entgegen seyn, so reserviren Sr. Königl. Maytt. desfalls Ihre, durch die gefchehene Schwedische Cession des Hertzogthums Bremen erlangte Gerechtsame ausdrücklich; Seyn Jedoch geneigt, und erklären sich hiemit, darüber, mit der Stadt Bremen

Bremen sich gütlich zusammen setzen, und der Stadt alles angedeyhen lassen zu wollen, was sie mit Billigkeit wird begehren können; Fals sie aber, deshalb nicht solten gütlich überein kommen können, so solten gedachte praetensiones durch das Recht erörteret, und ausgemachet werden, so, wie es in dem Instr. Pacis vorgeschrieben, vorgesehen und verordnet ist.

Solten auch künftig zwischen Sr Königl. Maytt. oder Dero Successoren am Herzogthumb Bremen, und der Stadt Bremen einige Streitigkeiten entstehen, so sollen solche ebenmäßig nach Anweisung des Instrumenti Pacis durch gütliche Composition oder Rechtliche Wege gehoben werden.

Richmond den 24ten May 1731.

(L.S.) George R.

(L. S.
Caes.
Secret)

Daß gegenwärtige Abschrift mit dem bey der Kayfn. Geheimben Reichs-Hoff-Cantzley-Registratur verwahrten original collationirt; und von Wort zu Wort gleichlautend seye; wird zuvorderst durch Vordrückung des **Kayfn. Secret-Insiegels, dann meine hierunter**

ter gestelte Fertigung hiemit beurkundet.
Wien d. 18. Februarii 1733.

(L.S.) Simon & Stock. mpa.

Kayserl. geheimben Reichs-Hoff-
Cantzley-Registrator.

Anlage L.

Auszug eines Kaiserlichen der Reichsstadt
Bremen allergnädigst ertheilten Schutz-
Briefes d. d. Wien den 24. May 1757.

*Wir Franz von Gottes Gnaden, Erwählter
Römischer Kayser &c. &c.*

Demnach Uns Bürgermeister und Rath
Unserer und des Heiligen Römischen Reichs
Stadt Bremen in Unterthänigkeit angezeigt,
wie daß Selber besorge, es dürfte sich nahe
der Stadt und dessen Gebiet ein Kriegs-Feuer
ausbreiten, und Selbe den äußersten Un-
glücks-Fall unterworfen werden, falls in
solcher eine Bequartirung, Cantonirung,
Still-Laager, oder Durch-Marsche einiger
Troupen veranlaßt werden sollte, zumahlen
andurch ihr commercium, als wovon ihre
Bürgerchaft und Gemeinde allein lebet, zu
geschweigen anderer Höchstgefährlichen Fol-
gen gänzlich ruinirt werden würde, Unser
Bür-

Bürgermeister und Rath anmit um unseren
Höchsten Schutz ansuche und demüthigst
bitte, Wir geruheten gnädigst ihr Unseren
und des Reichs Stadt Bremen ein Kayserl.
Protectorium in Gnaden zu ertheilen auf daß
sie von allen Bequartierungen und Durchzü-
gen in Betracht ihrer Laage befreyet seyn
möge; Als haben Wir ihre gehorsamste
Bitte nicht sowohl, als die sondern dieser
Unterer und des Heilig Römisch. Reichs-
Stadt Umstände gnädigst angesehen, und in
deren Anbetracht zu des Reichs forderlichen
Besten, auch ihr der Stadterhaltung für
nöthig ermessen, daß Wir derselben ein be-
sonders Kayserliches Protectorium ertheilen.

Ertheilen auch solches hiemit und wollen
hiernach, daß Dieselbe und ihre Angehörige
nechst der Stadt, und in deren Bezirk gelege-
nen Ortschaften von aller Einquartierung in
Kraft dieses befreyet seyn, und bleiben
u. s. w. —

Diesemnach werden all und jede welchen
gegenwärtiges Unser Kayserliches Protecto-
rium zu Gesicht kommen, oder hievon Wissen-
schaft erlangen freundschaftlich und gnädiglich
erinnert; daß Sie in Folge desselben Unsern,
und des Reichs-Stadt Bremen von allen Be-
quartierungen, Still-Laagern, und Durch-
märschen verschonen, und respectiv diesen
G 2 Unsern

Unfern Kayserl. Schutz und Schirm mit algeziemender Achtung und schuldigsten Gehorsam ansehn sollen. u. s. w. —

Anlage M.

Schreiben des Magistrats der Reichsstadt
Bremen an den Englischen General.
Lieutenant Harcourt eben daselbst d. d.
Bremen den 10. April 1795.

Monsieur !

Prevenus de la marche de toutes les gardes qui se trouvent actuellement en quartier ici, fixé a demain, et du depart de *Votre Excellence*, conséquemment donc de l'éloignement du quartier-general, le quel sera suivi peut être de fort près de celui du Commissariat-general et des personnes chargés du payement, nous ne pouvons nous dispenser, de prier *Votre Excellence* de vouloir donner les ordres et faire les arrangement necessaires:

- 1) que tous les officiers dans les gardes et attachés au quartier-general, aussi bien que ceux qui se trouvent encore ici sous les ordres de *Votre Excellence* doivent partir avec leurs domestiques et

et chevaux, en meme tems que le quartier-général et le regiment.

- 2) que les gens qui se seront logés de propre volonté avec un train considerable de chevaux et de chariots dans les villages situés dans notre territoire, s'en retirent incessamment, pour se rendre aux lieux de leur destination, d'autant plus, que les desordres differents, qu'ils commencent à se permettre, rendent leur sejour continué insupportable aux pauvres villageois.
- 3) que l'hôpital, dont d'apres les assurances aussi gracieuses que réitérées de *Votre Excellence* le sejour ne devoit être que momentané, et dont la durée n'étoit fixé que jusqu'à l'arrivée des vaisseaux d'estinés à leur transport, soit retiré d'ici le plus tot possible.
- 4) qu'en vertu des promesses que *Votre Excellence* a bien voulu nous faire, tous les fraix causés par l'établissement du dit hôpital, et dont nous avons l'honneur de présenter ci-contre le compte, soyent remboursés.
- 5) que le payement soit fait touchant les voitures demandés pour le transport de l'hôpital, des bagages et autres, qui ont été livrés pour les besoins des troupes au service ou à la solde de sa

Unfern Kayserl. Schutz und Schirm mit algeriemender Achtung und schuldigsten Gehorsam ansehen sollen. u. s. w. — —

Anlage M.

Schreiben des Magistrats der Reichsstadt Bremen an den Englischen General-Lieutenant Harcourt eben daselbst d. d. Bremen den 10. April 1795.

Monsieur !

Prevenus de la marche de toutes les gardes qui se trouvent actuellement en quartier ici, fixé a demain, et du depart de *Votre Excellence*, conséquemment donc de l'éloignement du quartier-général, le quel sera suivi peut être de fort près de celui du Commissariat-général et des personnes chargés du payement, nous ne pouvons nous dispenser, de prier *Votre Excellence* de vouloir donner les ordres et faire les arrangement nécessaires:

- 1) que tous les officiers dans les gardes et attachés au quartier-général, aussi bien que ceux qui se trouvent encore ici sous les ordres de *Votre Excellence* doivent partir avec leurs domestiques

et chevaux, en meme tems que le quartier-général et le regiment.

- 2) que les gens qui se seront logés de propre volonté avec un train considerable de chevaux et de chariots dans les villages situés dans notre territoire, s'en retirent incessamment, pour se rendre aux lieux de leur destination, d'autant plus, que les desordres différents, qu'ils commencent à se permettre, rendent leur séjour continué insupportable aux pauvres villageois.
- 3) que l'hôpital, dont d'après les assurances aussi gracieuses que répétées de *Votre Excellence* le séjour ne devoit être que momentané, et dont la durée n'étoit fixé que jusqu'à l'arrivée des vaisseaux destinés à leur transport, soit retiré d'ici le plus tot possible.
- 4) qu'en vertu des promesses que *Votre Excellence* a bien voulu nous faire, tous les fraix causés par l'établissement du dit hôpital, et dont nous avons l'honneur de présenter ci-contre le compte, soient remboursés.
- 5) que le payement soit fait touchant les voitures demandés pour le transport de l'hôpital, des bagages et autres, qui ont été livrés pour les besoins des troupes au service ou à la solde de sa

Majesté Britannique, aussi bien, que de tout ce qui a été fourni pour cet effet, et qu'une personne nous soit assigné dans cette ville, avec la quelle les comptes dressés pour cet effet, pourront être liquidés.

Ne doutant nullement, que *Votre Excellence* par une suite de la justesse et de son equanimité, qui s'est manifesté à différentes reprises pendant le séjour qu'Elle a fait chés nous, ne souscrira très volontiers à ces demandes, l'entière confiance que Ses procédés conformes à ces principes ont dû nous inspirer, nous servira d'excuse, si nous y joignons encore celle qu'Elle daigne interposer son puissant credit, à fin que dorenavant cette ville soit garantie de tout logement des troupes, ou d'un nouvel établissement d'aucun hôpital quelconque.

Votre Excellence nous permettra qu'en mettant tous ces intérêts dans Ses mains nous osons Lui offrir nos très sinceres remerciements, de la bonne discipline qu'Elle a bien voulu maintenir parmi les troupes sous Ses ordres, et de l'attention, qu'Elle a eu la bonté d'accorder, à ce que de tems en tems nous avons pris la liberté de Lui exposer, et joindre aux souhaits que Son

voyage soit de plus heureux, les protestations de la consideration la plus distinguée avec la quelle nous avons l'honneur d'être,

Monsieur,

De V. Exce.

à Brême
ce 10 Avril
1795.

&c.

Les Bourguemaitres et Senateurs de la Ville libre Imperiale et Anseatique de Brême.

Nachricht.

Die eingeschlichenen Druckfehler werden hoffentlich durch die Anzeige, daß diese Schrift ohne Mitwirkung des Verfassers gedruckt worden, ihre Entschuldigung erhalten.